Eibia: „Nur keine schlafenden Hunde wecken . . ."

Dokumentation der Verdener BBS-Schülergruppe über ehemalige Dörverdener Schießpulverfabrik liegt jetzt vor / 280 Seiten

Verden (hpp). Auf 280 Seiten liegt sie nun in schriftlicher Form vor, „die Geschichte der Schießpulverfabrik ‚Eibia' in Dörverden". Ausführlich schildern die Schüler der Berufsbildenden Schulen Dauelsen, die sich mit diesem Thema am Bundeswettbewerb „Umwelt hat Geschichte" beteiligten (und dafür den dritten Preis erhielten), was es mit der Fabrik auf sich hatte, und wie sie deren Geschichte recherchierten. Und bei dieser Recherche wurde ihnen mancher Stein in den Weg gelegt. Nicht umsonst ist denn der umfangreichen Dokumentation auch eine Karikatur vorangestellt: „Nur keine schlafenden Hunde wecken . . ."

Ein ausdrücklicher Dank der Schüler gilt deshalb auch der Gemeinde Dörverden, die die Schüler von Beginn an in den Nachforschungen unterstützte, und deren Bürgermeister Heiner Falldorf „sich kompromißlos für uns einsetzte". Andere Behörden waren weit weniger hilfsbereit. Dem Landkreis und der niedersächsischen Landesregierung beispielsweise waren die Nachforschungen wohl so recht doch nicht, das jedenfalls muß man aus den der Dokumentation angehängten Schreiben schließen.

Zu Hinweisen der Schüler, daß beispielsweise Akten, die die Gemeinde Dörverden zu dem Thema noch hatte einsehen dürfen, anschließend vom Kreis zur „Verschlußsache" erklärt wurden, weigerte sich Oberkreisdirektor Rainer Mawick Stellung zu nehmen. Zumindest aber bestätigte er, daß der Kreis Anhaltspunkte dafür hat, daß auf dem ehemaligen „Eibia"-Gelände noch Rückstände der Kampfmittelproduktion vorhanden sind.

Auf solche Hinweise waren die Schüler im Lauf ihrer Recherche zwar selbst gestoßen (und wenig später fanden sie dann auch arsenhaltige Rückstände), doch anders als der Kreis stellte sich das Bundesverteidigungsministerium immer noch unwissend. Auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Börnsen (SPD) hieß es, „nach Kenntnis" des Ministeriums würden auf dem Gelände keine Rückstände „lagern" (eine Formulierung, die wie ein verbaler Trick anmutet, denn „gelagert" waren die Rückstände ja in der Tat nicht).

Ein nicht minder schlechtes Bild gab die niedersächsische Landesregierung ab. Als die Schüler um Unterstützung baten, um herauszufinden, ob tatsächlich noch Kampfmittelrückstände in Barme vorhanden sind, erteilte ihnen Kultusminister Georg-Berndt Oschatz eine glatte Abfuhr. Seine Antwort: Eine solche Nachforschung gehe „nicht nur über die Themenstellung dieses Schülerwettbewerbes hinaus, sondern übersteigt generell die Möglichkeiten solcher Wettbewerbe. Die Landesregierung sieht deshalb keine Veranlassung, die Schülergruppe insoweit zu unterstützen". Zu tief, bitteschön, sollten die Teilnehmer dieses Wettbewerbes, ausgeschrieben vom Bundespräsidenten, denn nun auch nicht an der Oberfläche kratzen . . . „nur keine schlafenden Hunde wecken".

Erst kürzlich wurde dieses negative Bild noch einmal verstärkt. Oschatz-Kollege Dr. Werner Remmers, niedersächsischer Umweltminister, hatte Schüler der Gruppe nach Hannover eingeladen. Bescheinigte er ihnen in seinem Einladungsschreiben noch, er als zuständiger Minister habe sich sehr gefreut über „Eure Beschäftigung mit dem Thema Umwelt", und daß gerade junge Bürger und Bürgerinnen in puncto Umweltpolitik „ganz wichtige Partner" seien, so fand er beim Empfang selbst kaum noch Zeit für die wichtigen Partner. Ein Händedruck, dann ließ er die jungen Bürger mit einem Staatssekretär allein, der von „Eibia" angeblich noch nie etwas gehört hatte.

In der Dokumentation selbst fand diese „Begegnung" keinen Niederschlag, das Werk war inzwischen gedruckt (teils auf Kosten des Kreises übrigens, der insofern die Schüler wenigstens durch eine finanzielle Entlastung unterstützte). Zu Ende geschrieben ist die Geschichte der Pulverfabrik „Eibia" damit aber noch nicht. Die Schüler werden gemeinsam mit der Verdener Ortsgruppe des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) weiter recherchieren, um herauszufinden, was das „1000jährige Reich" und dessen Kriegsmittelproduktion noch so als Erbe in Barme hinterlassen hat. Und es steht zu befürchten, daß dabei noch ein paar schlafende Hunde geweckt werden . . .

Von der jetzt erschienenen Dokumentation sind zum Preis von 15 Mark übrigens noch einige wenige Exemplare erhältlich. Interessierte können sich an die Verdener Buchhandlungen oder direkt an Christian Thölke, Dörverden, Sympherallee 36, Telefon 0 42 34/6 78, wenden.

Verdener Nachrichten 02.01.1988

taz 9.1.88

Atommüll auf Rüstungsschrott

Transnuklear-Fässer auf Gelände von Rüstungsbetrieben der Nazi-Zeit zwischengelagert / Heilquellen mit Dynamit verseucht / Sanierung kostet zwei Milliarden / Müssen IG-Farben-Nachfolger zahlen?

Aus Bonn Charlotte Wiedemann

Nicht-sanierte Standorte nationalsozialistischer Rüstungsproduktion werden in der BRD als Atomlager benutzt. Ein Teil der Transnuklear-Fässer mit unbekanntem strahlendem Inhalt wurde im niedersächsischen Zwischenlager Liebenau gefunden, das auf dem Gelände einer ehemaligen Sprengstoff-Fabrik liegt.

Der Standort wird von der niedersächsischen Landesregierung als besonders altlastverdächtig angesehen. Auch ein weiteres Lager der Transnuklear für Uranhexafluorid wurde auf vermutlich chemisch verseuchtem Boden gebaut: In Leese (Raum Nienburg) produzierte die Firma Riedel De Haen im Faschismus Kampfstoffe.

Auf diese doppelte Gefährdung durch die Zusammenballung von atomarer Neulast mit nicht-entsorgter chemischer Altlast machte gestern die Umweltorganisation BUND in Bonn aufmerksam. Der BUND stellte bereits vor einem halben Jahr eine Liste von über 70 ehemaligen Rüstungsstandorten der NS-Zeit zusammen: die bis heute überwiegend durch die Kampfmittelbeseitigungsdienste der Länder nur oberflächlich von Trümmern gereinigt wurden. Im Boden beherbergen sie eine tikkende Zeitbombe: die Abfälle und chemischen Zwischenprodukte der nach dem Krieg gesprengten Fabriken. Für 14 dieser Standorte kann der BUND mittlerweile durch Untersuchungen von Initiativen und Behörden eine konkrete Gefährdung nachweisen.

So mußte der Harzer Kurort Bad Grund die Ausgabe seines Heilwassers stoppen — die damalige TNT-Produktion der „Dynamit AG" im 20 Kilometer entfernten Clausthal-Zellerfeld hat das Tiefengrundwasser bis heute weiträumig belastet. Aus dem Drainage-System des AKW Krümmel dringt nach BUND-Informationen kontaminiertes Wasser — auch hier produzierte die Dynamit AG. Ein Großteil der altlastverdächtigen Liegenschaften, wie die Atomlager Leese und Liebenau, gehört heute der „Industrieverwaltungsgesellschaft" (IVG), der Nachfolgerin des NS-Rüstungsriesen „Montan". Die IVG ist mehrheitlich in Bundesbesitz. Die Firma behauptet, alle erforderlichen Sanierungen auf ihrem Besitz durchgeführt zu haben. Da nach dem Grundgesetz die Bundesregierung für Kriegsfolgelasten zuständig ist, fordert der BUND jetzt von Umweltminister Töpfer die systematische Untersuchung und Sanierung sämtlicher Rüstungsaltlasten. Für die Finanzierung, die auf ein bis zwei Milliarden Mark geschätzt wird, müßte neben der IVG die Chemie-Industrie herangezogen werden, zum Beispiel BAYER, BASF und Hoechst als Nachfolger des Rüstungsproduzenten IG Farben.

Siehe auch Hintergrund Seite 9

Umwelt hat Geschichte: Vom TNT zum Atommüll

Altlasten aus der Rüstungsproduktion der deutschen Wehrmacht — eine ökologische Zeitbombe / Die Langlebigkeit der Schadstoffe im Boden korrespondiert mit der Kontinuität deutscher Rüstungsgeschäfte von der Nazi-Zeit bis heute / Von der reichseigenen „Montan" zur „Industrie-Verwaltungsgesellschaft"

Aus Bonn Charlotte Wiedemann

Geesthacht, Dörverden, Stadtallendorf — drei Orte von über siebzig Standorten ehemaliger Rüstungsproduktion der Nazi-Zeit. Hier wurden Sprengstoff und chemische Kampfstoffe für den Krieg produziert, schufteten sich Zwangsarbeiter für den Nachschub der Wehrmacht zu Tode. Die verdrängte Geschichte der Kriegsproduktion bringt sich nun nach über 40 Jahren durch ihre ökologischen Folgen wieder in Erinnerung: Die Vergangenheit wurde nicht bewältigt und auch nicht entsorgt. Die Abfälle und chemischen Zwischenprodukte aus den Kriegsfabriken schlummern heute als tickende Zeitbombe im Boden. In Stadtallendorf filtern die Wasserwerke jährlich ein Kilogramm TNT aus dem Trinkwasser. In Geesthacht, wo die „Dynamit AG" im Faschismus eine der größten Munitionsfabriken Europas betrieb, stellte eine All-Parteien-Koalition jetzt Gelder für eine großangelegte Wasser-Untersuchung bereit, nachdem erste Proben krebserregende Stoffe nachgewiesen hatten.

Die Rüstungsfabriken, die nach Kriegsende von den Alliierten ohne Rücksicht auf Umweltschäden gesprengt und demontiert wurden, gehörten überwiegend der reichseigenen „Montan", die zuletzt 128 Fabrikanlagen verwaltete. Hier produzierten unter anderem die IG Farben, die Dynamit AG, die Degussa und die WASAG. Nachfolger der „Montan" ist heute eine Firmengruppe mit unscheinbarem Namen: „Industrie-Verwaltungsgesellschaft" (IVG) mit Sitz in Bonn. Seit 1951 verfügt sie unter dem neuen Namen über den bundesrepublikanischen Montan-Besitz, bis 1986 als bundeseigene Firma, dann zur Aktiengesellschaft teilprivatisiert, doch weiterhin mit der Bundesrepublik als Mehrheitseigner. Der IVG gehört heute nicht nur die Mehrzahl der altlastverdächtigen Rüstungsstandorte, sondern das Unternehmen unter Bonner Regie sitzt mit den Krakenarmen seiner zwölf Tochterfirmen fest im militärisch-industriell-atomaren Komplex der BRD. Daß sich auf den nicht — oder kaum sanierten Liegenschaften der ehemaligen Rüstungswerke heute so brisante neue Nutzungen wie atomare Zwischenlager finden, verwundert nicht mehr, wenn man einen Blick auf die weitverzweigten Aktivitäten dieser Firmengruppe wirft.

Die *„Materialdepotgesellschaft"*, eine 100prozentige IVG-Tochter, wurde 1985 als Partner der US-Streitkräfte gegründet, um für die US-Army Militärdepots einzurichten und zu verwalten.

Die *„Industrieanlagen Betriebsgesellschaft"* in Ottobrunn, eine 74prozentige IVG-Tochter, wurde 1961 auf Betreiben des damaligen Verteidigungsministers Strauß gegründet für Zwecke der Luft- und Raumfahrt. Die Firma nennt sich selbst die „Drehscheibe des Transfers militärischen Know hows in zivile Bereiche" und bietet außerdem das Verfrachten von Nuklearmaterial in ihrem Firmenrepertoire an.

Im Atomgeschäft steckt auch die *„IVG-Transport-GmbH"* mit ihren Spezialgüterwagen für radioaktive Abfälle.

Eine Viertel-Beteiligung hält die IVG an der „Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern" und betreibt damit den Atommüll-Endlager-Bau in Gorleben und Schacht Konrad mit.

Die Liste der IVG-Aktivitäten läßt sich noch gewaltig verlängern. Zu den Unternehmungen, die das Licht der Öffentlichkeit eher scheuen, gehört die Verwaltung von Liegenschaften in Südafrika ebenso wie der Betrieb einer Pipeline für NATO-Zwecke. Angesichts der Geschäfte von nationaler Bedeutung versteht sich, daß der Aufsichtsrat der IVG hochkarätig besetzt ist: Zu seinen Mitgliedern gehört der niedersächsische Innenminister Hasselmann, der bayrische Finanzminister Max Streibl sowie Spitzenbeamten aus den Bonner Ministerien für Wirtschaft, Finanzen und Verteidigung. Ihren Gewinn bezieht die IVG überwiegend aus der Verpachtung und dem Verkauf ihrer Liegenschaften an rund 40 Standorten der Republik. Nach eigenen Angaben ist das Unternehmen heute Eigentümer von 30 Liegenschaften, auf denen während des Kriegs Rüstungswerke produzierten.

Den Vorwurf der Umweltorganisation BUND, daß bisher vor allem die besonders verseuchten Grundstücke verkauft wurden, bestreiten die Firmenvertreter. Auch der finanziellen Verantwortung für die milliardenschwere Sanierung der vergifteten Flächen und ihrer ökologischen Folgen in der Umgebung will sich die Rechtsnachfolgerin der „Montan" (und damit die Bundesregierung) entziehen. Das Land Hessen liegt bereits im Rechtsstreit mit der IVG: Die Firma wollte Leistungsbescheide über zwei Millionen Mark nicht bezahlen, die das Land ihr für die Sanierung der ehemaligen Sprengstoff-Fabrik Hessisch-Lichtenau in Rechnung stellte. Allein die weiträumige Verseuchung des Grundwassers verursachte Kosten von zehn Millionen Mark.

Umweltschützer, Kommunalpolitiker und Behörden vor Ort haben mit der IVG einen mächtigen Gegner. Bürgerinitiativen aus den Regionen der Rüstungs-Altlasten haben sich bereits bundesweit zusammengetan und raten den betroffenen Gemeinden und Landkreisen, sich ebenfalls zu einer Interessengemeinschaft gegen die IVG zusammenzuschließen. In der politischen wie finanziellen Verantwortung stehen ebenfalls, bisher unbehelligt, die Nachfolger der Rüstungsproduzenten in den ehemaligen Montan-Anlagen: Die IG Farben macht als „Aktiengesellschaft in Abwicklung" heute immer noch Geschäfte. Die „Dynamit Nobel" verdient lieber an der Sprengstoff-Lieferung für den Golfkrieg statt sich um die Sanierung ihres alten Fabrikgeländes in Geesthacht zu scheren.

Doch mit der Bereitschaft, sich überhaupt der politisch wie ökologisch brisanten Materie anzunehmen, ist es auch vor Ort nicht weit her. Erst als eine Schülergruppe für den Wettbewerb des Bundespräsidenten „Umwelt hat Geschichte" die vermutete Verseuchung des Geländes einer ehemaligen Pulverfabrik in Dörverden recherchierte, reichte der öffentliche Druck, um zumindest oberflächliche Bodenproben untersuchen zu lassen — Ergebnis: Arsen. Weitergehende Untersuchungen scheiterten bisher an Geldmangel — eine Behörde schiebt der anderen die Zuständigkeit zu. Und der Standort Dörverden ist sensibel: Unweit des alten Rüstungsgeländes lagern heute amerikanische Atomsprengköpfe.

tageszeitung 09.01.1988

Programm für Altlasten gefordert

Bonn (lni). Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat von Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) ein Sanierungsprogramm für Umweltschäden durch Fabriken gefordert, in denen bis 1945 Spreng- und Kampfstoffe für die Wehrmacht hergestellt wurden. BUND-Experten präsentierten gestern eine Liste von 75 Fundorten derartiger „Rüstungsaltlasten". Dabei seien in rund 15 Fällen giftige Rückstände von Sprengstoff im Trinkwasser und im Boden festgestellt worden, erklärte der Sprecher des BUND-Arbeitskreises Altlasten, Frank Claus. Eigentümer sei in vielen Fällen die Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG), ein teilprivatisiertes Bundesunternehmen. Nach Informationen des BUND gehört der IVG beispielsweise der Standort Clausthal-Zellerfeld, wo früher der Sprengstoff TNT hergestellt worden sei. Heute sei dort das Tiefengrundwasser großräumig verschmutzt.

Achimer
Kreisblatt
09.01.1988

Altlasten: Bund soll Kosten für die Sanierung übernehmen

Mehrheitlich an IVG - Eigentümerin des Eibia-Geländes - beteiligt

Dörverden. Nicht nur in Dörverden, wo noch heute Kampfstoffe der früheren Munitionsfabrik „Eibia" in und auf für jedermann zugänglichem Waldboden lagern, sondern auch an mehreren anderen der 75 bekannten Standorte von Rüstungsaltlasten in der Bundesrepublik sind Sprengstoffrückstände gefunden worden. Ein halbes Jahr, nachdem der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) erstmals eine übersichtskarte veröffentlich hatte, informierte er jetzt Anfang des Jahres auf einer Pressekonferenz über die dort festgestellten Umweltgefahren. Bekanntgegeben wurde auch, wer nach Auffassung des BUND dafür verantwortlich gemacht werden muß. Eigentümerin des Geländes in Dörverden ist die Industrie-Verwaltungsgesellschaft AG (IVG), an der der Bund mehrheitlich beteiligt ist. IVG und damit den Bund hält man aus diesem Grund rechtlich zur Übernahme der Sanierungskosten verpflichtet.

Schätzungen über die zu erwartenden Belastungen belaufen sich auf rund eine Million DM; diese Forderungen werden jedoch nicht anerkannt, wie der BUND mitteilte. Der BUND kritisiert weiter, daß die Bundesregierung bisher nichts unternommen habe, um ein koordiniertes Vorgehen zur Programmbewältigung in Gang zu bringen. Stattdessen habe das Umweltministerium bisher jede Zuständigkeit abgelehnt und sich zur Sache nicht geäußert, obwohl Artikel 120 des Grundgesetzes die Verantwortlichkeit des Bundes für Kriegsfolgelasten regele.

Direkt verantwortlich sei sie für die von der Bundeswehr genutzten Rüstungsaltlasten in Dörverden, Leese, Liebenau, Munster und Stadtallendorf. Dafür haben mittlerweile die Betroffenen reagiert und sich Ende November zu „Initiativen gegen Rüstungsaltlasten" zusammengeschlossen. Sie fordern ein entschlossenes Handeln von Politikern und Industrie. Umweltminister Töpfer soll beispielsweise ein Programm zur systematischen Erfassung, Untersuchung und Sanierung von Rüstungsaltlasten unter Einbeziehung der Ministerien für Verteidigung, Wirtschaft und Finanzen auflegen.

Zu den Kosten des Programms sollen die Rechtsnachfolger der ehemaligen Betreiber herangezogen werden. Erste Priorität sollen Untersuchungen von Boden und Trinkwasser der betroffenen Bevölkerung haben, die ehemaligen und heutigen Eigentümer sollen zur Offenlegung aller Informationen zur Produktionsgeschichte und zur Belastungssituation verpflichtet werden. Wie Schüler der Berufsbildenden Schule in Verden (BBS) bei der Teilnahme am Wettbewerb „Schüler erforschen Umwelt" selbst erfahren mußten, liegt hier noch mehr als nur einiges im argen, flossen Informationen über die Umweltbelastungen der früheren Munitionsfabrik „Eibia" und die daraus resultierenden Altlasten doch nur äußerst spärlich.

Verdener Aller - Zeitung 09.01.1988

Verwaltungsausschuß tagt

Dörverden (sim). Die 23. Sitzung des Dörverdener Verwaltungsausschusses findet am Montag, 11. Januar, im Rathaus statt. Im Mittelpunkt der Sitzung stehen eine Reihe von Barmer Themen: Verkehrsberuhigung in der Nienburger Straße, Ausbau eines Fußweges am Beckmannsweg sowie der Ausbau des Barmer Kirchweges und der Straße Schapdrift. Weitere Tagesordnungspunkte sind die Berichte über die Untersuchung des im Brunnen Hülsen geförderten Trinkwassers, über die Lagerung chemischer Kampfstoffe auf dem ehemaligen Eibia-Gelände und über den Stand der Neuordnungsmaßnahmen Steinsiedlung-Mitte.

Verdener Nachrichten
07.01.1988

„Eibia"-Buch ist ausverkauft

Verden (kav). Kaum erschienen, ist die Schüler-Dokumentation über die Altlasten der Munitionsfabrik „Eibia" in Dörverden auch schon ausverkauft.

Wie Joachim Woock, der Tutor der Autorengruppe, berichtete, wurden 130 der insgesamt 200 Exemplare in wenigen Tagen verkauft, 70 Bücher gingen kostenlos an Archive, Bibliotheken und an Zeitzeugen, die zu dem Werk beigetragen haben. Die Gruppe will jetzt eine zweite Auflage herausbringen.

Problematisch ist jedoch die Finanzierung. Der Landkreis hat bereits einen großen Teil der Kosten für die erste Auflage übernommen und sieht sich zu einem weiteren Zuschuß nicht in der Lage. Zwar liegen schon 40 Vorbestellungen vor; mit diesen Einnahmen könnte jedoch nur die Hälfte der Ausgaben gedeckt werden. Um sich vor dem Andruck weiterer Käufer zu sichern, hat die Gruppe in den Buchhandlungen Schebur und Mahnke Listen für Interessenten ausgelegt.

Verdener Nachrichten
09.01.1988

Bericht über die Tagung des Verwaltungsausschusses der Gemeinde Dörverden

Einen Vortrag über die Möglichkeiten der Entsorgung werden in einer der nächsten Verwaltungsausschußsitzungen Altlasten-Spezialisten einer Fachfirma halten. Mit dem Thema „Eibia" werden sich auch Fachleute der Universität Marburg befassen, die sich vor Ort über die Altlastenproblematik in Barme informieren wollen.

Verdener Aller-Zeitung 11.01.1988

In bezug auf die Altlasten auf dem ehemaligen Eibia-Gelände in Barme wurden inzwischen weitere Schritte unternommen. Fachleute der Universität Marburg werden das Gelände vor Ort unter die Lupe nehmen, die vorhandenen arsenhaltigen Adamsitplättchen und die Auswirkungen der chemischen Kampfstoffe auf das Grundwasser untersuchen. Die Bremer Gesellschaft für Kulturtechnik wird auf der kommenden Sitzung des Verwaltungsausschusses über Möglichkeiten einer Entsorgung von Altlasten referieren.

Verdener Nachrichten 12.01.1988

AUF EINEN BLICK

Brief an Remmers

Verden (eb). In einem Brief an den niedersächsischen Umweltminister Dr. Werner Remmers haben die Mitglieder der Verdener Schüler-Arbeitsgruppe „Eibia"-Dörverden die mangelnde Unterstützung ihrer Arbeit durch das Ministerium und andere staatliche Stellen kritisiert. Enttäuscht sei man auch über den Verlauf eines Besuchs im Ministerium ... **Seite III**

„Eibia"-Gruppe beschwert sich bei Remmers

Brief an Minister: Fehlende Unterstützung kritisiert / Besuch in Hannover enttäuschte

Verden (kav). In einem Brief an den niedersächsischen Umweltminister Dr. Werner Remmers haben die Mitglieder der Verdener Schüler-Arbeitsgruppe „Eibia-Dörverden" die mangelnde Unterstützung ihrer Arbeit durch das Ministerium und andere staatliche Stellen kritisiert. Sie äußerten auch ihre Enttäuschung über den Verlauf ihres Besuchs im Umweltministerium, zu dem sie als Preisträger beim Bundesschülerwettbewerb „Umwelt hat Geschichte" von Remmers eingeladen worden waren. Die Schüler waren für ihre Dokumentation über die Altlasten der ehemaligen Rüstungsfabrik „Eibia" ausgezeichnet worden.

Da Remmers verhindert gewesen sei, habe Professor Dr. Redecker, der Leiter der Grundsatzabteilung des Umweltministeriums, die Gruppe empfangen. Er habe jedoch den Altlastenstandort in Dörverden gar nicht gekannt, heißt es in dem Brief, und weiter: „Wir waren wohl etwas naiv zu glauben, daß sich das Umweltministerium auf seine Gäste vorbereitet. Der Standort Dörverden, mit dem wir uns in unserer Wettbewerbsarbeit beschäftigt haben, war offensichtlich kein ‚Begriff'. Natürlich erwarten wir nicht von Ihrem Ministerium, daß dort alle Altlastenstandorte bekannt sind. Trotzdem hat der Fall ‚Dörverden', den wir aufdeckten, auch bis Hannover Wellen geschlagen. Es gab zu diesem Thema eine kleine parlamentarische Anfrage durch die SPD und eine von uns eingereichte Petition. In der Beantwortung der großen parlamentarischen Anfrage der Grünen durch das Umweltministerium wird immerhin auch der Standort Dörverden erwähnt", so der Wortlaut des Schreibens, das vom Gruppensprecher Olaf Bennefeld unterzeichnet ist.

„Erstaunt" seien die Verdener Altlasten-Forscher gewesen, daß ein Besuchsprogramm für die Technische Universität Clausthal-Zellerfeld ausgearbeitet worden sei, aber der Altlastenstandort Werk „Tanne" in Clausthal „für Herrn Redecker wohl nicht existent ist".

Die Schüler werfen dem Ministerium vor, zu wenig für die Erforschung von Altlasten sowie die Aufdeckung und Beseitigung von Gefahrenquellen in Dörverden und anderswo zu tun. In einer Presseerklärung von Remmers habe gestanden, daß es für das Ministerium dringlich sei, „aus historischen Vorgängen zu lernen und die Konsequenzen zu ziehen". „Leider wurden von Ihrem Hause zum Thema Rüstungsaltlasten bisher keine Konsequenzen gezogen — weder für Dörverden noch für Clausthal-Zellerfeld", schreiben die Verdener.

In der Antwort der Landesregierung auf die große Anfrage der Grünen werde behauptet, daß der Standort Dörverden durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst auf sein Gefährdungspotential hin untersucht werde. „Diese Behauptung ist schlicht falsch", so die „Eibia"-Arbeitsgruppe. Der Kampfmittelbeseitigungsdienst führe solche Untersuchungen nicht durch. Dies habe dessen Leiter, Fischer, selber betont. Der Dienst sei nur für die Räumung von Altlastenfunden zuständig. Für die Suche nach chemischen Kampfstoffen sei er überhaupt nicht ausgerüstet, könne also das Gelände auch nicht auf dessen Gefährlichkeit hin untersuchen. Der Kampfmittelbeseitigungstrupp habe lediglich Kampfstoffe, die seit über 40 Jahren auf dem Waldboden gelegen hätten, nach Munster abtransportiert.

In Dörverden gehe aber nicht nur von den Resten der Kampfstoffe im Boden Gefahr aus, sondern auch von den Chemierückständen aus der Pulverproduktion, heißt es weiter in dem Brief. „Hier müßten noch erhebliche Recherchen (Auswertung von Luftbildern, Suche nach Lageplänen und umfangreiche Boden- und Wasseranalysen) durchgeführt werden", fordern die Schüler. „Wir mußten leider die Erfahrung machen, daß Behörden dazu nicht in der Lage sind und auch keine Neigung verspüren, von sich aus selbst aktiv zu werden."

Konkret bitten die Schüler den Minister um Hilfe bei der Suche nach den Demontageakten der Briten, die bei der weiteren Erforschung der „Eibia"-Geschichte eine Schlüsselrolle spielen. Außerdem fordern die Verdener Remmers auf, bei der Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) in Liebenau um die Werkspläne zu bitten, die nach Ansicht der Arbeitsgruppe im Besitz der IVG sind.

Abschließend wiesen die Verfasser des Briefes darauf hin, daß den Schülern die Reisekosten für den Besuch in Hannover nicht erstattet wurden. „Hätten wir das vorher gewußt, dann hätten wir auf Ihren Pressetermin verzichtet."

Verdener Nachrichten 12.01.1988

„Rüstungsaltlasten systematisch erfassen"

BUND zum Thema „Eibia": Untätigkeit des Bonner Umweltministeriums kritisiert

Dörverden (sim). Vom Umweltministerium muß ein Programm zur systematischen Erfassung, Untersuchung und Sanierung von Rüstungsaltlasten aufgelegt werden. Dies fordert der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und verweist jetzt in einer Pressemitteilung auch auf die in Dörverden-Barme noch heute vorhandenen Kampfstoffe in und auf zugänglichem Waldboden.

Eigentümerin der Altlasten in Bomlitz/Benefeld, Clausthal-Zellerfeld, Krümel (Geesthacht) und Dörverden ist die Industrie-Verwaltungsgesellschaft AG (IVG), an der der Bund mehrheitlich beteiligt ist. Nach Ansicht des BUND ist die IVG — und damit auch der Bund — rechtlich zur Übernahme der Sanierungskosten verpflichtet. Die IVG-Spitze erkenne jedoch die Forderung nicht an und bestreite jeden weiteren Handlungsbedarf. Der BUND verweist darauf, daß in Hessisch-Lichtenau der IVG erst die Gefahren im Boden nachgewiesen werden mußten, bevor sie handelte.

Der Bundesregierung wird Untätigkeit vorgeworfen. Ein koordiniertes Vorgehen zur Problembewältigung sei nicht zu erkennen. Statt dessen habe das Umweltministerium bisher jede Zuständigkeit abgelehnt und sich in der Sache nicht geäußert, obwohl Artikel 120 des Grundgesetzes die Verantwortlichkeit des Bundes für Kriegsfolgelasten regele. Direkt verantwortlich sei die Bundesregierung für die Altlasten in Dörverden, Leese, Liebenau, Munster und Stadtallendorf, so der BUND.

Für die Kosten des geforderten Programms zur Erfassung, Untersuchung und Sanierung von Rüstungsaltlasten sollen nach Ansicht des BUND die Rechtsnachfolger der ehemaligen Betreiber herangezogen werden. Genannt wird der Bund, die IVG, die Dynamit Nobel AG, die DEGUSSA sowie die IG Farben AG und deren Nachfolger BAYER, BASF und HOECHST. Priorität sollen Boden- und Trinkwasseruntersuchungen haben. Der BUND setzt sich weiterhin dafür ein, daß die ehemaligen und heutigen Eigentümer zur Offenlegung aller Informationen über Produktionsgeschichte und über Belastungssituation verpflichtet werden.

Der BUND verweist auf den seit Ende des vergangenen Jahres bestehenden Zusammenschluß der „Initiativen gegen Rüstungsaltlasten" (c/o Dr. M. Braedt, Zehntnerstraße 15, 3392 Clausthal-Zellerfeld) und nennt als weitere Ansprechpartner Dr. Frank Claus, Baroper Straße 225, 4600 Dortmund 50, Telefon 02 31 / 75 27 72 (7 55 - 22 77 dienstlich) und Wolfram König, Motzstraße 4, 3500 Kassel, Telefon 05 61 / 77 41 20 (8 04 - 32 63 dienstlich).

Verdener Nachrichten 14.01.1988

Arsenrückstände im Barmer Grundwasser?

Boden- und Wasseruntersuchung auf Eibia-Gelände

Dörverden-Barme (sim). Auf dem Gelände der ehemaligen Munitionsfabrik Eibia in Barme wird seit Montag gearbeitet. Im Auftrag des Landkreises hat eine Verdener Brunnenbaufirma an insgesamt neun Stellen Bodenproben entnommen. Zwei Beobachtungsbrunnen werden in den kommenden Tagen gebohrt. Sie werden dort eingerichtet, wo der Kampfmittelbeseitigungsdienst der Polizeidirektion Hannover im vergangenen Jahr arsenhaltige Kampfmittelrückstände entdeckt und von der Waldoberfläche abgeräumt hatte. Durch die Untersuchung solle festgestellt werden, ob Stoffe der sogenannten Adamsit-Plättchen durch Auswaschungen in den Boden und das Grundwasser gelangt sind, erklärten Klaus Ribbolt, Leiter des Amtes für Wasser- und Abfallwirtschaft, und Kreisdirektor Werner Jahn gestern vor Ort.

Kurz vor der Stelle, an der jetzt gearbeitet wird, steht auf dem Barmer Gelände der Industrie- und Verwaltungsgesellschaft AG ein umgeknicktes Schild mit der Aufschrift „Wasserschutzgebiet". Rund 300 Meter weiter wird im Bereich der ehemaligen Eibia-Gleisanlagen gebohrt. Klaus Ribbolt betonte, daß dieser Standort für die Beobachtungsbrunnen mit dem Landesamt für Bodenforschung in Hannover abgestimmt sei.

Seit Montag nachmittag ist Brunnenbaumeister Hans-Werner Metzing hier mit sogenannten Schlauchkernbohrungen beschäftigt. Dabei wird jedoch kaum gebohrt, sondern vielmehr gerammt. Dies sei notwendig, damit auf dem Erdreich „fast ungestörte Sonderproben" gezogen werden können. Bei der Bohrung mit der Schnecke würden sich die Bodenproben mit dem anderen Erdreich vermischen, erklärte Metzing, der ähnliche Bodenproben erst vor kurzem an der geplanten Mülldeponie in Giersberg entnommen hatte.

Gezogen werden etwa ein Meter lange Kerne mit einem Durchmesser von rund zehn Zentimetern. An jeder der insgesamt neun Stellen im Bereich der ehemaligen Gleisanlagen wird dabei bis zum Grundwasserspiegel gegangen, der hier bei etwa vier Metern liegt.

Es wiederholt sich immer wieder der gleiche Arbeitsvorgang: Rammen, Kernen und erneutes Aufbohren. Am Ende dieser Arbeiten wird Metzing rund 45 Bodenproben aus dem Barmer Erdreich herausgeholt haben.

Danach sollen dann die beiden Brunnen, die rund 30 Meter voneinander entfernt liegen, gebohrt und verrohrt werden. Ihr Standort richtet sich nach der bekannten Fließrichtung des Grundwassers. Der Brunnenbauer schätzt, daß die Meßstationen bis zu einer Tiefe von acht bis zehn Metern in den Boden eingelassen werden können. Grundwasserproben können dann mit Hilfe einer mobilen Unterwasserpumpe entnommen werden.

Bodenproben und Grundwasser sollen durch die Wehrwissenschaftliche Dienststelle der Bundeswehr in Munster analysiert werden. Diese Analyse sei relativ kompliziert, und das Institut der Bundeswehr sei in der Lage, die Proben auf Arsenrückstände hin zu untersuchen, so Ribbolt.

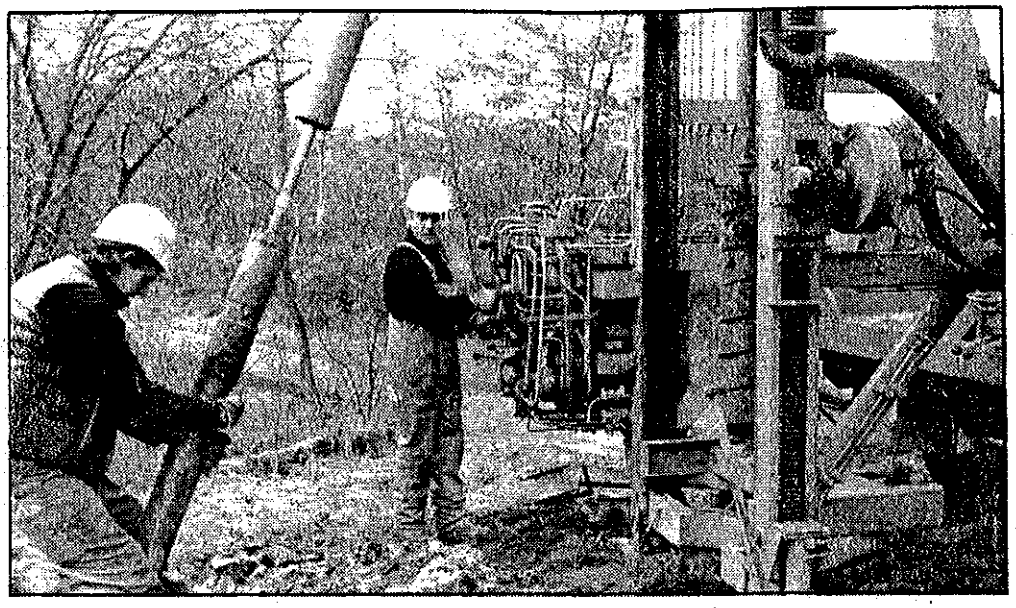
Die Kosten für die Bohrungen bezifferte der Leiter des Amtes für Wasser- und Abfallwirtschaft auf rund 100 000 Mark. Wer sie zu tragen hat, ist noch nicht abschließend geklärt. Der Landkreis steht auf dem Standpunkt, daß die Bezirksregierung in Lüneburg oder die Industrie- und Verwaltungsgesellschaft, die das Gelände verwaltet, die entstandenen Kosten übernehmen muß. An die Bezirksregierung hat sich der Landkreis in dieser Sache bereits gewandt.

Verdener Nachrichten 15.01.1988

Eibia: 10 000 Mark für Bodenuntersuchungen

Dörverden-Barme (sim). Die Kosten für die zur Zeit laufenden Aufschlußbohrungen auf dem ehemaligen Eibia-Gelände betragen nicht 100 000 Mark, sondern rund 10 000 Mark. Durch ein Versehen war in unserem gestrigen Artikel „Arsenrückstände im Barmer Grundwasser?" eine Null zuviel aufgetaucht.

Verdener Nachrichten 16.01.1988



Barme: Eibia-Gelände wird untersucht

Bodenproben sollen nun klären, ob auf dem Gelände der ehemaligen Munitionsfabrik Eibia in Dörverden-Barme noch Kampfmittelrückstände vorhanden und ins Grundwasser gelangt sind. Im Auftrag des Kreises werden zwei Brunnen installiert. Bericht Seite III fo/moj

Verdener Brunnenbauer haben auf dem ehemaligen Eibia-Gelände in Barme 45 Bodenproben aus dem Erdreich entnommen. Die Proben sollen auf Kampfmittelrückstände untersucht werden. (sim) fo/moj

Verdener Nachrichten 15.01.1988

Aufwendige Recherchen jetzt auf fast 300 Buchseiten dokumentiert

BBS-Schüler: Kaum Unterstützung durch staatliche Stellen

ptv **Landkreis.** In jeder Beziehung ein „kollektives Produkt" ist die Wettbewerbsarbeit von sechzehn Schülern der Berufsbildenden Schulen in Dauelsen geworden. Ohne den engagierten Einsatz aller Mitglieder der Eibia-Gruppe wäre vermutlich das fast dreihundertseitige Werk über „Die Geschichte der Schießpulverfabrik Eibia in Dörverden" nicht zustandegekommen. Wie berichtet, hat sich der Einsatz mit aufwendigen Recherchen und einer nicht minder sorgfältigen Dokumentation der Gruppenarbeit auch gelohnt. Im Schülerwettbewerb unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker – „Umwelt hat Geschichte" – gewann die Arbeitsgruppe mit ihrem Tutor Joachim Woock einen dritten Preis.

Dabei wären die jungen Geschichtsforscher beinahe ein Opfer ihrer umfangreichen Faktensuche geworden. Der Abgabetermin war verstrichen und das Werk aus Schülerhand hatte noch gar nicht alle Erkenntnisse und Begebenheiten im Umfeld des Projekts aufgenommen. Die Körber-Stiftung, die den Wettbewerb betreute, gewährte großzügig noch einmal vierzehn Tage „Nachschlag", sodaß wichtige Arbeitsergebnisse noch in den Druck gehen konnten. Kleiner Wermutstropfen bei aller Freude über die große Aktualität des Wettbewerbsbeitrages: Gerade dieses „Nachziehen hat vielleicht eine bessere Plazierung verdorben," vermuten die Schüler aus Dauelsen.

Nicht nur Dörverdens Einwohner oder anderen Interessenten an der „Geschichte des Kriegsalltags" und dessen Folgen bis in die heutige Zeit könnten künftig auf ein umfassendes Nachschlagewerk zurückgreifen, wenn – ja, wenn es denn wieder im Handel wäre. Total ausverkauft ist bereits die erste Auflage in Höhe von 200 Stück. Allein 70 Exemplare gingen an Zeitzeugen, die Informanten der Arbeitsgruppe waren sowie an diverse Archive und Bibliotheken. Der Landkreis hat davon fünf Bände bekommen. Eigentlich sollte die Arbeit auch in der Kreisverwaltungsdruckerei ihren letzten Schliff bekommen. Aus Zeitgründen, so war von den Schülern zu hören, habe das nicht geklappt. Zu den Kosten für den Druck in einem Bremer Unternehmen in Höhe von 3770 DM hat der Landkreis soviel hinzugezahlt, nämlich 2520 DM, wie der Verwaltung beim Druck im eigenen Hause an Kosten entstanden wären. Leider, so war vom Tutor der Gruppe zu hören, war das aber kein Geschenk an die erfolgreiche Arbeitsgruppe, wie man eigentlich angenommen habe. Vielmehr wurde das Geld vom Etat der Berufsbildenden Schulen abgebucht und nun sei zu befürchten, das andere Aktivitäten der Schule deswegen zu kurz kommen müssen, meinte Joachim Woock.

Dennoch geht es vermutlich weiter mit der Publikation der Eibia-Untersuchung. Vielleicht, so fürchten die Autoren, müsse man den Stückpreis auf 20 DM anheben, weil Schüler nun eben nicht „zubuttern" können. Die Gemeinde Dörverden hat man außerdem um Hilfe für die zweite Auflage gebeten. Als Hilfe für den Einsatz der Eibia-Broschüre auch im Schulunterricht gibt es seit neuestem besondere Hinweise, die selbst bereits einen Umfang von rund 70 Seiten haben.

Die praktische Auseinandersetzung mit ökologischen Problemen fördert das Selbstbewußtsein von Schülern offenbar ungemein. So haben die Mitglieder der Eibia-AG an den Niedersächsischen Umweltminister Werner Remmers einen Brief geschrieben, in dem sie sich unter anderem erstaunt darüber zeigten, daß im Hause des Umweltministers zum Thema Rüstungsaltlasten bisher keine Konsequenzen gezogen wurden. Immerhin habe ja das Ministerium in diesem Zusammenhang einmal erklären lassen, daß es dringlich sei, „aus historischen Vorgängen zu lernen und die Konsequenzen zu ziehen".

Verdener Aller - Zeitung 16.01.1988

Erdproben vom Eibiagelände

Landkreis wurde aktiv: Auch Grundwasseruntersuchung

mal **Barme.** Ist das Grundwasser in Barme durch möglicherweise arsenhaltige Rückstände auf dem ehemaligen Eibia-Gelände nun gefährdet oder nicht? Damit „die Diskussion darüber endlich zuende gebracht wird", so Klaus Wübbolt vom Amt für Wasserwirtschaft, wurde jetzt der Landkreis Verden aktiv. Im Umkreis des Gebiets, in welchem im Mai 1987 von den Schülern der Arbeitsgemeinschaft „Eibia" die Adamsit-Plättchen gefunden wurden, zog eine Verdener Brunnenbaufirma im Auftrag des Landkreises jetzt Erdproben. Insgesamt wurden neun sogenannte Rammkernsondierungsproben entnommen, die unabhängig voneinander durch die Wehrwissenschaftliche Dienststelle Munster und das Landesamt für Bodenforschung Hannover untersucht werden sollen. Durch spezielle Großgeräte wurden zehn Meter tief „Kerne" mit einem etwa zehn Zentimeter großen Durchmesser in Kunststoffröhren gezogen, so daß sich bei der Probe die unterschiedlichen Erdschichten nicht miteinander vermischen. In der nächsten Woche sollen im Abstand von etwa 20 Metern zwei gut zehn Meter tiefe Brunnen zum Grundwasser gebohrt werden, aus denen Wasserproben entnommen werden können. Mit den Ergebnissen der Wasser- und Bodenproben wird in den nächsten Wochen zu rechnen sein, teilte uns der Wasserwirtschaftsamtsleiter mit. Noch ist allerdings nicht geklärt, wer die Kosten für diese Maßnahme in Höhe von rund 10 000 DM zu tragen hat. Nach Ansicht des Landkreises ist dies die Bezirksregierung Lüneburg. Eigentümerin des Geländes ist die Industrie-Verwaltungsgesellschaft (IVG).

Verdener Aller - Zeitung 16.01.1988

Eibia: Weiter Analysen

Verwaltungsausschuß: Trinkwasserwerte in Ordnung

Dörverden (sim). Zwei Beobachungsbrunnen sind jetzt auf dem ehemaligen Eibia-Gelände in Dörverden-Barme installiert worden. Die Wasserproben werden zur Zeit bei der Wehrwissenschaftlichen Dienststelle der Bundeswehr in Munster auf Kampfmittelrückstände hin analysiert. Und: Der Landkreis wird in Barme weitere Untersuchungen in Auftrag geben. Hierüber informierte Gemeindedirektor Karl Thies die Mitglieder des Dörverdener Verwaltungsausschusses. Thies legte auf der Sitzung auch die neuesten Untersuchungsergebnisse des im Brunnen Hülsen geförderten Trinkwassers vor. Das Hülsener Wasser scheint wieder in Ordnung zu sein. Eine überhöhte Nitritbelastung wurde im Januar nicht mehr festgestellt.

Mit 0,1 Milligramm pro Liter war Ende vergangenen Jahres im gemeindeeigenen Wasserwerk in Hülsen der Nitritgrenzwert erreicht. Nach weiteren Wasseranalysen tauchte der Verdacht auf, daß der Umwandlungsprozeß von Nitrat in Nitrit im Hülsener Wasserwerk vonstatten geht. Daraufhin wurde vor rund zwei Wochen die Hülsener Anlage für einen Tag abgeschaltet, die Filter gespült, das ganze System gechlort und diesmal an drei verschiedenen Stellen Wasserproben entnommen. Die Ergebnisse weisen jetzt hinter den sogenannten Enteisungsfiltern I und II, durch die getrennt jeweils 50 Prozent des geförderten Wassers fließen, 0,08 beziehungsweise 0,03 Milligramm Nitrit pro Liter aus. Diese Werte beziehen sich somit auf das geförderte Rohwasser. In dem Reinwasser, das an die Hülsener Haushalte geliefert wird, wurde eine Nitritbelastung von 0,01 Milligramm pro Liter festgestellt. Dies entspricht dem zehnten Teil des noch Ende des vergangenen Jahres hier ermittelten Nitritgehalte. Nach Angaben von Thies werden die Untersuchungen des Hülsener Trinkwassers durch das Verdener Gesundheitsamt auch in Zukunft im Zweimontasrhythmus fortgeführt.

Thies unterrichtete die Verwaltungsausschußmitglieder weiterhin darüber, daß die beiden Beobachtungsbrunnen auf dem ehemaligen Eigia-Gelände jetzt installiert sind. Boden- und Wasserproben sollen Aufschluß über eine mögliche Belastung des Geländes und des Grundwasser ergeben.

Die Suche nach Kampfmittelrückständen soll darüber hinaus vor Ort weitergehen. Der Landkreis Verden wird fünf weitere Brunnen, wie Klaus Wübbolt, Leiter des Amtes für Wasser- und Abfallwirtschaft, ergänzend mitteilte, in dem Bereich auf dem Glände installieren, wo noch drei Kisten mit Kampfmitteln vermutet werden.

Ein zu der Sitzung eingeladener Mitarbeiter der Firma „Kulturtechnik" aus Bremen hatte zuvor einen Vortrag über die Untersuchung von Altlasten, auf die sich dieses Unternehmen spezialisiert hat, gehalten. Die Kosten für eine sogenannte Erstbewertung bezifferte er auf über 20 000 Mark.

Und auch in einem dritten Tagesordnungspunkt ging es um das gleiche Thema. Die Wettbewerbsarbeit der Arbeitsgruppe Eibia ist aufgrund der Nachfrage nicht mehr erhältlich. Die Gemeinde wird eine zweite Auflage von 100 Exemplaren mit 3000 Mark vorfinanzieren. Dieser Beschluß fiel im Verwaltungsausschuß gegen die Stimmen der CDU-Mitglieder.

Verdener Nachrichten 10.02.88

Umweltakten bleiben zu

Hannover (dpa). Der Niedersächsische Landtag hat am Mittwoch abend mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD in zweiter Lesung einen Gesetzentwurf der Grünen abgelehnt, der Einsichtsrecht in Umweltakten für jedermann ermöglichen sollte. Die Abgeordneten folgten damit einer Beschlußempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen. Die Grünen hatten in der Begründung ihres umfangreichen Gesetzentwurfes argumentiert, daß die Verwaltungstätigkeit in der Bundesrepublik noch immer vom „traditionellen Grundsatz der Geheimhaltung" geprägt werde. Bürgerinnen und Bürger hätten keinen Zugang zu Informationen über Inhalt, Art und Umfang staatlichen Handelns. Nach wie vor gelte, der Staat wisse immer mehr über seine Bürger, die Bürger aber immer weniger über die „Innenseite der Machtausübung".

Verdener Nachrichten
18.02.1988

EIBIA: Bodenproben wurden analysiert

„Keine Gefährdung" durch Kampfmittelrückstände

Verden (baa). „Keine Gefährdung für Mensch und Tier." Zu dieser Einschätzung gelangten laut Pressemitteilung des Landkreises Verden Wissenschaftler der Bundeswehr und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover, nachdem Bodenproben des ehemaligen EIBIA-Geländes in Dörverden auf ihren Arsengehalt hin untersucht worden waren. Genauere Ergebnisse der Untersuchung wurden nicht genannt.

Eine Verdener Brunnenbaufirma hatte im Januar an insgesamt neun Stellen des ehemaligen EIBIA-Geländes Bodenproben entnommen. Notwendig wurden die Bohrungen, weil 1987 auf dem Gelände arsenhaltige Kampfmittelrückstände gefunden wurden.

Durch die wissenschaftliche Untersuchung erhoffte man sich Aufschluß darüber, ob Stoffe der sogenannten Adamsit-Plättchen in den Boden und ins Grundwasser gelangt sind. Nicht nur Bodenproben wurden entnommen, der Landkreis Verden hatte zusätzlich auch zwei Beobachtungsbrunnen einrichten lassen.

Die Ergebnisse der Untersuchungen wurden kürzlich im Kreishaus unter Beteiligung von Vertretern der wissenschaftlichen Institute (seitens der Bundeswehr wurden die Proben von der wehrwissenschaftlichen Dienststelle für ABC-Schutz in Munster analysiert), der Niedersächsischen Landesämter für Bodenforschung und Wasserwirtschaft sowie des Wasserwirtschaftsamtes Verden diskutiert. Beteiligt an der Diskussionsrunde waren ebenfalls Mitarbeiter der Kreisverwaltung und der Gemeinde Dörverden.

Ergebnis des Gesprächs: „Die beteiligten Fachdienststellen sind sich einig, daß die jetzt gemessenen Arsenbelastungen des Bodens und des Grundwassers keine Gefährdung für Mensch und Tier darstellen", so heißt es in der Pressemitteilung. Allerdings sollen weitere Untersuchungen durchgeführt werden.

Wie es heißt, sollen fünf Meßstellen unterhalb des vermuteten Standortes der verschütteten Kisten mit Adamsitblättchen „erneut beprobt werden". Außerdem sollen die Brunnen der Bundeswehr (Niedersachsenkaserne Barme) und des Wasserwerkes Dörverden in die Untersuchung einbezogen werden. Der Landkreis Verden schließt laut Pressemitteilung allerdings aus, daß beide Versorgungsanlagen mit Arsen aus dem Bereich des EIBIA-Geländes belastet seien.

Eine weitere Untersuchung soll Grundwassergefälle und Grundwasserfließrichtung noch exakter bestimmen.

Verdener Nachrichten
30.04.1988

Eibia: Arsenbelastungen stellen keine weiteren Gefährdungen dar

Fachdienststellen diskutierten im Kreishaus Untersuchungsergebnisse

Dörverden. Wie bereits Anfang des Jahres berichtet, hat der Landkreis Verden zwei Beobachtungsbrunnen sowie neun Rammkernsondierungen im Bereich der Fundstelle der arsenhaltigen Kampfmittelrückstände niedergebracht. Die Brunnen wurden inzwischen sowohl durch die wehrwissenschaftliche Dienststelle der Bundeswehr für ABC-Schutz in Munster als auch durch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover unabhängig voneionander auf die Gehalte an organischem Arlsen untersucht.

Die Ergebnisse wurden anläßlich eines gemeinsamen Gesprächs im Kreishaus unter Beteiligung von Vertretern der untersuchenden Stellen sowie des Niedersächsischen Landesamtes für Wasserwirtschaft, des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung, des Wasserwirtschaftsamtes Verden, der Gemeinde Dörverden und der Kreisverwaltung diskutiert. Die beteiligen Fachdienststellen waren sich einig, daß die jetzt gemessenen Arsenbelastungen des Bodens und auch des Grundwassers keine Gefährdung für Mensch und Tier darstellen.

Dennoch wurde es für erforderlich gehalten, weitere Untersuchungen durchzuführen. Die zwei vorhandenen Meßstellen sowie die zwischenheitlich neu eingerichteten fünf Meßstellen unterhalb des vermuteten Standortes der verschütteten Kisten mit Adamsitblättchen sollen erneut erprobt werden. Auch wenn mit Sicherheit auszuschließen ist, daß die Eigenversorgungsanlagen der Bundeswehr und das Wasserwerk in Dörverden mit Arsen aus dem Bereich des Eibia-Geländes belastet ist, sollen die dortigen Brunnen mit in die Untersuchungen einbezogen werden. Anschließend soll anhand der vorhandenen Meßstellen das Grundwassergefälle und die Grundwasserfließrichtung noch kleinräumig exakt bestimmt werden.

Verdener Aller - Zeitung 30.04.1988

Eibia-Gelände wird weiter untersucht

Keine Gefährdung durch Arsen befürchtet

Dörverden. Der Landkreis Verden wird auch künftig Untersuchungen auf dem Gelände der ehemaligen Munitionsfabrik Eibia in Barme durchführen. Zwar geht man davon aus, daß von den Arsenbelastungen keine Gefährdungen zu befürchten sind, da sie eine schnelle Verbindung mit dem Boden eingehen; mit absoluter Sicherheit könne ein weiteres Absinken jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Verdener Aller-Zeitung 14.05.88

Zuschuß für „Eibia"-Gruppe?

Verden (eb). Die Arbeitsgruppe „Eibia" der berufsbildenden Schulen soll vom Landkreis noch einmal finanziell unterstützt werden. Das hat zumindest der Kulturausschuß während seiner Sitzung am Dienstag mehrheitlich befürwortet. Die Gruppe benötigt das Geld für eine zweite Auflage ihrer Wettbewerbsarbeit „Nur keine schlafenden Hunde wecken". Im Rahmen eines bundesweit ausgeschriebenen Wettbewerbes hatten sich die Schüler mit der Geschichte der ehemaligen Schießpulverfabrik „Eibia" (Dörverden) befaßt und dabei auch auf heute noch bestehende Gefahren durch Produktionsrückstände hingewiesen.

Eine anschließend erstellte Dokumentation, gedruckt in einer Auflage von 200 Exemplaren, war bereits nach kurzer Zeit vergriffen. Da laut Joachim Woock, Tutor der Schülergruppe, inzwischen über 150 Nachbestellungen eingingen, plant die Gruppe eine zweite Auflage. Erscheinen soll sie diesmal in Buchformat (300 Seiten) mit überarbeitetem und aktualisiertem Text sowie einem größeren Bildanteil. Geplant ist eine Auflage von 500 Exemplaren.

Die Gesamtkosten beziffert Woock mit rund 10 000 Mark. In seinem Schreiben an den Kreis weist er darauf hin, daß bei einem Verkaufspreis von 20 Mark und 150 Vorbestellungen bereits 3000 Mark durch die Einnahmen finanziert sind. Weitere 3000 Mark gibt es als Vorfinanzierung von der Gemeinde Dörverden, je 500 Mark spendeten der Verdener Grünen-Ortsverband und der Dörverdener SPD-Ortsverband.

Bleibt eine Finanzierungslücke von 3000 Mark. Doch den Betrag zu übernehmen, war man bei der Kreisverwaltung nicht bereit. Sie wies darauf hin, daß bereits die Druckkosten der ersten Auflage (2520 Mark) vom Kreis übernommen worden waren und daß dieser Zuschuß weit höher lag als in vergleichbaren Fällen üblich.

Verdener Nachrichten
19.05.1988

Vortrag über „Eibia"-Altlasten

BUND Verden lädt für Freitag ins Soldatenheim Barme ein

Verden (baa). Zu einem Vortrag über Altlasten auf dem Gelände der ehemaligen Pulverfabrik „Eibia" (Dörverden-Barme) lädt die Verdener Kreisgruppe im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ein. Im Rahmen der Reihe „Unsere Umwelt und wir" findet die Veranstaltung am Freitag, 27. Mai, ab 20 Uhr im Soldatenheim Barme statt. Zuvor steht ab 18.30 Uhr eine Ortsbegehung des „Eibia"-Geländes auf dem Programm. Treffpunkt ist am Soldatenheim.

Vorgestellt werden bei der Veranstaltung die neuesten Untersuchungen der Schülergruppe, die sich im Rahmen eines bundesweiten Wettbewerbes mit dem Thema „Eibia" befaßt hat. Diese Gruppe der Berufsbildenden Schulen hat sich inzwischen dem BUND angeschlossen und beschäftigt sich weiter mit der Problematik der Altlasten.

Teilnehmen werden an der Veranstaltung Vertreter des Landkreises Verden, der Gemeinde Dörverden sowie der Industrieverwaltungsgesellschaft (Liebenau), der jetzigen Eigentümerin des „Eibia"-Geländes. Hergestellt wurden von der Firma während des Zweiten Weltkrieges verschiedene Pulversorten sowie chemische Kampfstoffe. Rückstände dieser Produktion stellen noch heute eine Gefahr für Wasser und Boden dar.

Erscheinen soll demnächst eine zweite Auflage der Dokumentation über die Wettbewerbsarbeit der Schülergruppe. Sie soll — wie bereits berichtet — in Buchformat gedruckt werden und einen erweiterten Bildteil enthalten.

Gesucht werden dafür noch Fotos von den Demontagearbeiten. Etliche andere weitere Fotos hat die Gruppe inzwischen erhalten — so Luftbilder von 1956, als die jetzige Kaserne noch nicht gebaut war.

Verdener Nachrichten
24.05.1988

Analyseergebnisse der eigenen Proben

Diskussionsveranstaltung zum Thema Eibia

Barme. „Eibia - chemische Altlasten in Wasser und Boden", so lautet der Titel einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) Verden am morgigen Freitag, den 27. Mai. Die Eibia-Arbeitsgemeinschaft der Berufsbildenden Schulen Dauelsen unter Leitung von Joachim Woock, die sich ausgehend vom Wettbewerb „Umwelt hat Geschichte" mit der Altlastenproblematik auf dem ehemaligen Eibia-Gelände befaßt hat, hat sich inzwischem dem BUND angeschlossen. Die Umweltschützer beschäftigten sich bundesweit mit der Problematik der Rüstungsaltlasten.

Die Veranstaltung beginnt um 18.30 Uhr mit einer Ortsbegehung auf dem ehemaligen Eibia-Gelände, Treffen ist vor dem Soldatenheim Barme. Ab 20 Uhr werden im großen Saal des Soldatenheims die altlastenverdächtigen Bereiche des Geländes sowie die Schwierigkeiten der Wasser- und Bodenanalytik aufgezeigt. Gezeigt werden soll auch ein kurzer Videofilm zum Wettbewerb.

Nach der Pause sollen die Analyseergebnisse eigener Proben und die neuesten Recherchen und Forderungen bezüglich der Sanierung vorgestellt werden. Im Anschluß daran haben Vertreter des Landkreises Verden, der Gemeinde Dörverden, der Industrie-Verwaltungsgesellschaft (IVG) Liebenau und der Untersuchungsinstitute das Wort.

Im Zusammenhang mit der Veranstaltung suchen BUND und Arbeitsgemeinschaft für die zweite Auflage des Berichts noch Fotos von den Demontage-Arbeiten. Inzwischen wurden auch Fotos von 1956 vor dem Kasernenbau besorgt, die zur Zeit von einem Kasseler Ingenieurbüro ausgewertet werden. Diese Bilder sollen ebenso in die zweite Auflage aufgenommen werden wie weitere Fotos vom Betriebsgelände. Die Gruppe besuchte auch das in Liebenau noch intakte Kraftwerk. Es ist nach Aussagen der Gruppe baugleich mit den Kraftwerken in Dörverden und Bomlitz.

Verdener Aller-Zeitung
26.05.1988

EIBIA: Heute abend neue Analyseergebnisse

Dörverden-Barme (eb). Die BUND-Kreisgruppe Verden wird heute abend im Soldatenheim Barme eigene Analyseergebnisse von Wasser- und Bodenproben vorlegen, die auf dem Gelände der ehemaligen Pulverfabirk EIBIA genommen und von Spezialisten der Universität Marburg untersucht wurden. Die öffentliche Veranstaltung im Rahmen der BUND-Informationsreihe „Unsere Umwelt und wir" beginnt um 18 Uhr mit einer Begehung des EIBIA-Geländes. Die Teilnehmer treffen sich vor dem Soldatenheim, wo ab 20 Uhr Vorträge zur „EIBIA — chemische Altlasten im Wasser und Boden" gehalten werden. Zu der Veranstaltung wurden Vertreter des Landkreises Verden, der Gemeinde Dörverden, der Industrieverwaltungsgesellschaft als Eigentümerin des Geländes und der Untersuchungsinstitutes eingeladen und um Stellungnahme gebeten.

Verdener Nachrichten
27.05.1988

Verdener Schüler widersprechen dem Kreis in Sachen EIBIA:

Kein Anlaß zur Entwarnung

Altlasten-Suche auf dem Gelände der früheren Barmer Pulverfabrik

Von Anke Landwehr

Verden. Ende April gab der Landkreis Verden Entwarnung „Keine Gefährdung für Mensch und Tier" auf dem Gelände der ehemaligen Schießpulverfabrik EIBIA in Dörverden-Barme, hieß es lapidar. Geforscht worden war nach der Arsenbelastung von Boden und Wasser durch Rückstände aus der vor und während des Zweiten Weltkrieges betriebenen Kampfmittelproduktion. Die festgestellten Werte verschwieg das Kreishaus. Gleichzeitig wurden weitere Untersuchungen angekündigt.

Dies machte die zwölf Fachgymnasiasten an den Berufsbildenden Schulen Verden und ihren Tutor Joachim Woock, die sich mit dem Thema EIBIA an dem vom Bundespräsidenten ausgeschriebenen Schülerwettbewerb „Umwelt hat Geschichte" beteiligten und den dritten Preis bekamen, endgültig mißtrauisch.

Aus gutem Grund, wie sich am Freitagabend während einer Informationsveranstaltung herausstellte. Zum einen wurde bekannt, daß sich die vom Kreis geheim gehaltenen Arsenwerte zwischen 0,012 und 0,145 Milligramm je Liter bewegen und damit den Grenzwert nach der bundesdeutschen Trinkwasserverordnung von 0,04 mg/l zum Teil deutlich überschreiten. In den USA sind übrigens höchstens 0,01 zulässig.

Zum anderen hatte die EIBIA-AG, inzwischen in die Kreisgruppe Verden des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) integriert, auch nach anderen Stoffen suchen lassen. Dabei wurde unter anderem Diphenylamin entdeckt, das nach Angaben des Biologen Andreas Kühne vom Verdener Institut für Mensch und Natur zu den krebserregendsten Substanzen überhaupt gehört.

Diphenylamin wurde als Stabilisator bei der Herstellung von Nitrocellulose (NC) – Schießpulver – eingesetzt und kommt außerdem in Adamsit vor, das zwar nicht in Barme produziert, dort aber mit NC zu einem chemischen Kampfstoff, zum A-Pulver, verbunden wurde. Es gehört zur außerordentlich giftigen und krebsauslösenden Gruppe der aromatischen Amine, die Experten der Uni Marburg in einer der insgesamt fünf entnommenen Proben in einer Konzentration von 33,6 Mikrogramm/Liter nachwiesen. Das entspricht dem 336fachen eines „Verlegenheitswertes" (Kühne), der nur deswegen gesetzt worden sei, um die Gefährlichkeit der Amine zu unterstreichen.

Nach diesen Stoffen ist von den staatlichen Stellen nie gesucht worden. Selbst die Kampfstoffexperten der Wehrwissenschaftlichen Dienststelle für Abc-Schutz in Munster verzichteten darauf, obwohl: „Die wissen genau, nach welchen Rüstungsaltlasten sie suchen müssen und tun es doch nicht", so Woock.

Statt dessen wurde in der Vergangenheit immer nur nach Arsen geforscht, und das auch noch nach der sogenannten „Hydrid-Methode", mit der lediglich anorganisches Arsen nachzuweisen ist. Erst der Kreis ließ jetzt, wie Woock herausfand, nach dem gefährlicheren organischen Arsen fahnden – mit den bereits erwähnten Ergebnissen.

Welche Gefährdungen von den gefundenen Stoffen ausgehen, kann die EIBIA-AG bisher nur mutmaßen. So sind Fließrichtung und Gefälle des Grundwassers nicht eindeutig geklärt – eine Aufgabe, die der Landkreis jetzt in Angriff nehmen will.

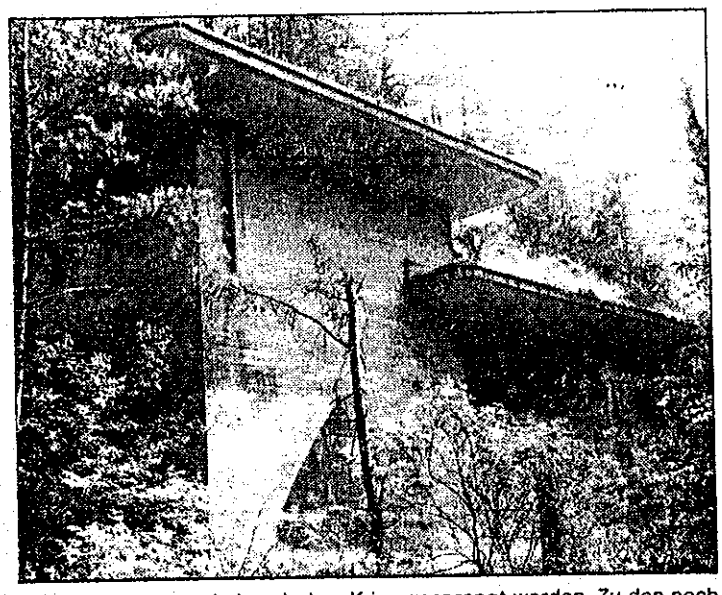
„Vor uns liegt noch viel, viel Arbeit", faßte Woock zusammen. Auf die Hilfe der eigentlich Verantwortlichen kann sich die AG, die noch „händeringend Mitarbeiter sucht", nicht verlassen. Den Schülern, die überhaupt erst auf die Altlasten-Problematik in Barme aufmerksam machten, wurden bei ihren Recherchen immer wieder Steine in den Weg gelegt. So erklärte der Oberkreisdirektor Teile des bei der Gemeinde Dörverden vorhandenen Materials plötzlich zur Verschlußsache. Einzelheiten über die jüngsten Untersuchungen wurden ihnen nicht mitgeteilt. Aktuelle Infrarotaufnahmen, angefertigt für den Landschaftsrahmenplan, dürfen sie nicht sehen. Die darauf für Experten erkennbaren Vegetationsschäden könnten Aufschluß über besondere Problembereiche auf dem EIBIA-Gelände geben.

Der Oberkreisdirektor begründete die Ablehnung damit, daß die Luftbilder wegen der militärischen Anlagen (Kaserne) noch nicht freigegeben seien. Inzwischen hat die AG erfahren, daß dies nicht für das gesamte EIBIA-Gelände zutrifft.

So war es letztlich auch nicht verwunderlich, daß sich am Freitagabend kein Vertreter der zuständigen Behörden blicken ließ. „Von sich aus werden die nicht aktiv", so Woocks Erfahrung. Tatsächlich sind Maßnahmen bislang immer nur auf Druck der AG ergriffen worden. Beispiel sind die von Schülern zufällig auf dem Waldboden entdeckten Adamsit-Plättchen, die vom sporadisch auftauchenden Kampfmittelbeseitigungsdienst wohl übersehen worden waren.

Hinter der zögerlichen Haltung der Behörden verbirgt sich die Angst vor den Kosten. Niemand weiß bisher, wer die Sanierung der alten Rüstungsstandorte bezahlen soll. Die Industrieverwaltugnsgesellschaft AG (IVG), mehrheitlich im Bundesbesitz und Eigentümerin vieler früherer Gelände wie der EIBIA, hat nach Woocks Angaben ein Stammkapital von nur 110 Millionen Mark. Allein die Sanierung der ehemaligen Rüstungsfabrik Hirschhagen – deswegen führt der hessische Umweltminister gerade einen Musterprozeß gegen die IVG – würde über 100 Millionen Mark verschlingen. „Da wäre die IVG schnell pleite. Eigentlich verantwortlich ist der Bund", so Woock.

Die EIBIA-AG, die von SPD und Grünen im Kreistag unterstützt wird, hat sich jetzt eine IVG-Aktie und damit das Rederecht auf Hauptversammlungen erkauft. Woock: „Die werden noch allerhand zu hören bekommen."



Die EIBIA-Anlagen sind nach dem Krieg gesprengt worden. Zu den noch vorhandenen steinernen Zeugen gehört das Wasserwerk. fo/moj

"KURIER AM SONNTAG"
Weser-Kurier, Bremer Nachrichten, Verdener Nachrichten
29.05.1988

Wird EIBIA-Problem zur Verschlußsache?

Vertreter zuständiger Behörden fehlten auf BUND-Diskussionsveranstaltung

on Barme. In der ehemaligen Pulverfabrik EIBIA GmbH in Barme wurden im Zweiten Weltkrieg verschiedene Pulversorten und chemische Kampfstoffe hergestellt (wir berichteten schon öfter). Reste der teils krebserregenden Stoffe, die bei Demontagearbeiten der Engländer nach Kriegsende auf dem ehemaligen Betriebsgelände liegengeblieben sind, bedrohen heute Wasser und Boden und damit Menschen, Tiere und Vegetation.

Eine Schülergruppe der Berufsbildenden Schulen Dauelsen unter Leitung von Tutor Joachim Woock hat sich mit der Altlastenproblematik auf dem ehemaligen EIBIA-Gelände beschäftigt, das jetzt der Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) in Liebenau gehört. Diese Arbeitsgruppe hat sich inzwischen dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) angeschlossen, der die Problematik der Rüstungsaltlasten bundesweit behandelt.

Da weder der BUND, Kreisgruppe Verden, noch die Schüler-Arbeitsgruppe mit den von den zuständigen Behörden in Auftrag gegebenen Untersuchungen und Nachforschungen zufrieden sind, hatte die BUND-Kriesgruppe unter Vorsitz von Erhard Stegmann jetzt zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit dem Thema „EIBIA – Chemische Altlasten in Wasser und Boden" ins Soldaten- und Freizeitheim Barme eingeladen. Unterstützt wurde die Veranstaltung von den Grünen im Landkreis Verden, denen ebenso wie der Schülergruppe und dem BUND sehr an einer Lösung des Umweltproblems gelegen ist.

Der Vorsitzende der BUND-Kreisgruppe Verden, Erhard Stegmann, hatte in seiner Einladung zu der interessanten und ergiebigen Veranstaltung angekündigt, daß während der Diskussion über das heikle Thema der Landkreis Verden, die Gemeinde Dörverden und die IVG-Liebenau zur Problematik Stellung nehmen sollten. So waren für Redevorträge der Vertreter dieser drei Institutionen auch insgesamt 60 Minuten im Veranstaltungsprogramm vorgesehen. Enttäuscht mußten der BUND-Vorsitzende, die beiden Dauelser Ex-Schüler (sie haben inzwischen ihr Abitur gemacht) Jens Marquardt und Rüdiger Tinter sowie Lehrer Joachim Woock zur Kenntnis nehmen, daß weder der Dörverdener Gemeindedirektor Karl Thies, noch der Dörverdener Bürgermeister Heiner Falldorf (er hatte sich entschuldigt und seinen Stellvertreter Horst Austermann geschickt), noch ein Vertreter des Landkreises Verden, der Unteren Wasserbehörde des Landkreis Verden und der Industrieverwaltungsgesellschaft Liebenau gekommen waren.

Harte Worte der Kritik gegenüber Landkreis, Trinkwasserverband Verden, den Untersuchungsinstituten und der IVG Liebenau gab Joachim Woock von sich. Interessanter für alle Seiten wäre es sicher gewesen, wenn die Vertreter der Behörden und der Firma, die mit Worten angegriffen wurden, anwesend gewesen wären und sich hätten verteidigen oder rechtfertigen können. „Leider ist nur die Legislative vertreten (damit waren Vertreter der Grünen und der SPD gemeint), nicht die Exekutive, mit der wir die Schwierigkeiten haben!", bedauerte Woock mit Blick in den recht leeren, großen Saal des Soldatenheims. Besonders sauer sei die Schülergruppe, die die ganze Problematik im Rahmen eines Beitrags zum Schülerwettbewerb „Deutsche Geschichte" um den Preis des Bundespräsidenten mit dem Thema „Umwelt und Geschichte" ans Tageslicht gebracht hat, daß die Ergebnisse der Untersuchungen seitens der Behörden zur „Verschlußsache" gemacht worden wäre. Deswegen hat die Arbeitsgruppe der Berufsschule, die mittlerweile von 20 auf drei Aktive aufgrund des bestehenden Abiturs „geschrumpft" ist, selbst Bodenproben und Untersuchungen vorgenommen und zu einem Institut nach Marburg geschickt.

Kritik übte vor allem Tutor Woock auch an die Untersuchungsbehörde – Niedersächsisches Landesamt für Wasserwirtschaft in Hildesheim), das nur nach anorganischem Arsen, aber nicht nach dem gefährlichen und krebserregenden organischen Arsen geforscht habe. Woock zitierte ein Schreiben eines Spezial-Untersuchungsinstituts für Rüstungsaltlasten, in dem bestätigt worden sei, daß das Erdreich unbedingt auf organisches Arsen hin überprüft werden müsse. In dem in Barme ehemals hergestellten Kampfstoff sei nämlich organisches Arsen enthalten. Ferner müßten andere Stoffe oder Stoffverbindungen gesucht werden, denn nach 40 Jahren – solange lagern „irgendwelche" chemischen oder organischen Verbindungen unter der Niedersachsenkaserne oder um sie herum – könnte eine Umwandlung früherer chemischer Kampfstoffe zur Produktion von Nitrocellulose (dabei wurden Salpetersäure und Schwefelsäure verwendet) stattgefunden sein. Zum Beispiel sei die Suche nach aromatischen Aminen oder Aminodiphenyl völlig außer Acht gelassen worden.

Die Vorgehensweise bezeichnete Joachim Woock ganz kraß als „unverständlich, unbegreiflich und hirnrissig". Bedenklich und deshalb geradezu zwingend zum Weiterforschen sei nach Worten Woocks die Tatsache, daß es allein in Niedersachsen 40 Standorte mit gesundheitsgefährdenden Rüstungsaltlasten gäbe. An sieben von ihnen wären bereits Arsen, Aminodiphenyl, aromatische Amine, Quecksilber und Zyanit nachgewiesen worden.

Verdener Aller-Zeitung, 31.05.1988

Bei der Ortsbegehung des mit Altlasten verseuchten ehemaligen EIBIA-Geländes in Barme: Vertreter der BUND-Kreisgruppe, der Dauelser Schülergruppe, der Grünen und der SPD sowie wenige interessierte Bürger. Foto: Ontijd

Verdener Aller-Zeitung
31.05.1988

Analyseergebnisse

Geheimes Schreiben der Kreisverwaltung

on **Barme.** Auf eine Anfrage der Verdener Kreistagsgruppe der Grünen und SPD nach den Analyseergebnissen der Stoffe, die in im Boden des Geländes der ehemaligen Pulverfabrik EIBIA in Barme verborgen sind, hat Oberkreisdirektor Rainer Mawick jetzt geantwortet. Das Schreiben an die Mitglieder der Gruppe sollte der Öffentlichkeit nicht bekannt werden.

Ein Mitglied der Gruppe aber gab die Ergebnisse der Untersuchungen des wehrwissenschaftlichen Instituts Munster und der Bundesanstalt für Wehrwissenschaft Hannover während einer öffentlichen Vortrags- und Diskussionsveranstaltung des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND), Kreisgruppe Verden, preis.

Demnach sind organische Arsenverbindungen im Erdreich im Gebiet um die Niedersachsenkaserne in Barme offensichtlich vorhanden. Festgestellt wurde ein Arsengehalt im Grundwasser zwischen 0,012 und 0,145 Mikrogramm pro Liter. Der in der Bundesrepublik Deutschland erlaubte Grenzwert liegt bei 0,04 Mikrogramm/Liter. Alle Werte lagen über dem Grenzwert, der in den USA gilt. Wichtig sei jetzt, so das Gruppenmitglied, daß Fließrichtung- und Geschwindigkeit des Wassers in dem „bedrohten" Gebiet ausgemacht werden.

Tutor Joachim Woock gab bekannt, daß die Untersuchungen des Instituts Marburg zum Beispiel einen relativ hohen Quecksilbergehalt im Wasser nachgewiesen hätten – pro Liter 0,54 Mikrogramm (der Grenzwert liege bei einem Mikrogramm). Aromatische Amine seien an zwei Wasserbrunnen festgestellt worden. Die Ergebnisse zeigen nach Ansicht Woocks, daß das ganze Gebiet um die Kaserne herum verseucht ist.

EIBIA-Analyse: Kreis zeigt wenig Interesse an neuen Werten

Gelände der ehemaligen Schießpulverfabrik soll weiter untersucht werden / Arbeitsgruppe wartet auf Antwort

Verden (ala). Auf dem Gelände der ehemaligen Schießpulverfabrik EIBIA in Dörverden-Barme will der Landkreis jetzt nicht mehr nur nach anorganischem und organischem Arsen suchen lassen, sondern auch nach anderen giftigen Stoffen, „für deren Vorhandensein wir Anhaltspunkte haben", so Kreisdirektor Werner Jahn gegenüber den Verdeber Nachrichten.

Diese Anhaltspunkte lieferte einmal mehr die Arbeitsgruppe EIBIA: Sie hatte durch eigene Untersuchungen Konzentrationen des mit Sicherheit krebserregenden Diphenylamin und der ebenso gefährlichen Aromatischen Amine nachgewiesen (wir berichteten), Stoffe, nach denen die von ihr beauftragten Chemiker gezielt gesucht hatten. Aromatische Amine treten als Begleitsubstanzen bei der Herstellung und Verarbeitung von Nitropulvern auf, wie es auch von EIBIA produziert wurde.

Laut Aussagen von Jahn ist der Landkreis am Ergebnis der von der EIBIA-AG veranlaßten Analysen interessiert. Seitdem die Öffentlichkeit über die erschreckenden Funde während einer Veranstaltung im Barmer Soldatenheim informiert wurde, sind indes bereits fast zwei Wochen vergangen. Joachim Woock von der EIBIA-AG: „Mit uns hat noch niemand Kontakt aufgenommen."

Bisher kann der Landkreis beispielsweise nicht wissen, daß die Chemiker Rainer Haas und Ingo Schreiber von der Uni Marburg vermuten, daß das Grundwasser im Bereich der Brunnen 36 und 37 durch Rückstände der früheren Kampfstoffproduktion kontaminiert ist. Da in einer Entfernung von etwa 300 Metern für Trinkwasserzwecke genutzte Brunnen liegen, empfehlen die Wissenschaftler eine Untersuchung sämtlicher Brunnen auf Aromatische Amine in jenem Bereich.

Zu Vorwürfen, daß es eigentlich Sache des Landkreises sei, umfassende Recherchen über das mögliche Vorkommen toxischer Stoffe anzustellen, erklärt Jahn, daß es „sehr schwierig" sei, weil es für jede Giftgruppe unterschiedliche, zum Teil komplizierte Untersuchungsverfahren gebe. Auch habe es zunächst keine Veranlassung gegeben, nach etwas anderem als Arsen zu forschen. „Nachdem wir die Adamsit-Plättchen gefunden hatten, war ja zuerst einmal mehr nicht zu untersuchen."

Entdeckt wurden die arsenhaltigen, den bekannten Salmiakpastillen ähnelnden Plättchen von Schülern der Berufsbildenden Schule in Dauelsen.

Seit etwa vier Wochen warten die EIBIA-AG bzw. die Kreisgruppe Verden des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) auf die Antwort auf einen Brief, in dem um Abzüge der für den Landschaftsrahmenplan gemachten Infrarotaufnahmen gebeten wird.

Aus den Bildern könnten Experten Rückschlüsse auf kontaminierte Bereiche des EIBIA-Geländes ziehen. Jahn jetzt zu den Verdener Nachrichten: „Selbstverständlich können die sich das ansehen." Voraussetzung sei allerdings, daß die Luftbilder von der zuständigen Behörde freigegeben würde. Im Kreisausschuß hatte Oberkreisdirektor Mawick auf Nachhaken von Politikern zunächst angegeben, daß bisher sämtliche Aufnahmen noch nicht freigegeben seien, eine Aussage, die er später für drei Bilder im Bereich zwischen Niedersachsen-Kaserne und Weser zurücknehmen mußte.

Die Planungsgemeinschaft Boden & Umwelt in Kassel, die sich mit der Erfassung, Untersuchung und Bewertung von kontaminierten Standorten befaßt und für die EIBIA-AG Luftaufnahmen des Barmer Geländes aus den Jahren 1945, 1956, 1972 und 1984 durchgesehen hat, wies in einer vorläufigen Bewertung auf kritische Stellen hin. Der Rat aus Kassel: „Aufgrund vorliegender Erfahrungen bei der Untersuchung ehemaliger Sprengstoff- und Pulverfabriken halten wir eine systematische Voruntersuchung des EIBIA-Geländes für erforderlich."

Woock ist der Auffassung, daß überall dort Rammkern-Bohrungen durchgeführt werden müßten, wo nach den Recherchen der Arbeitsgruppe möglicherweise kontaminierte Flächen sind. Dazu wird es wohl vorerst nicht kommen. Jahn verweist darauf, daß nach ersten Bohrungen weitere Untersuchungen — jetzt unter Einbeziehung der von der AG veröffentlichten Erkenntnisse — folgen werden. Dies geschieht im Bereich der damaligen EIBIA-Verladestelle. Dort werden noch drei Kisten mit Adamsit vermutet, die nach Augenzeugenberichten bei der Räumung des Fabrikgeländes durch die Engländer zurückgeblieben sein sollen. „Um die allein geht es doch schon lange nicht mehr", sagte Woock.

Siehe auch untenstehenden Kommentar

Verdener Nachrichten, 09.06.1988

AUF EINEN BLICK

Kreis zeigt kein Interesse

Verden. Zwei Wochen, nachdem die Arbeitsgruppe EIBIA neue Erkenntnisse über Altlasten auf dem Gelände der ehemaligen Schießpulverfabrik in Barme vorgelegt hat, hat der Landkreis immer noch kein Interesse an den Analyse-Ergebnissen gezeigt. Immerhin soll jetzt auch nach den nachgewiesenen hochgiftigen Aromatischen Aminen gesucht werden. ..... **Seite I**

Verdener Nachrichten
09.06.1988

Kommentar

Unfaßbar

Es ist nicht zu fassen. Da weist eine Gruppe von Schülern nach, daß im Boden und Grundwasser eines frei zugänglichen Geländes hochgiftige Stoffe vorkommen, und der Landkreis Verden hält es nicht einmal für nötig, sich diese Erkenntnisse schnellstens anzueignen, um danach handeln zu können. Dabei sind Gefahrenabwehr und Schutz der Zivilbevölkerung ureigenste Aufgabe des Oberkreisdirektors. Es wäre an ihm gewesen, umfassende Recherchen über gefährliche Altlasten aus der Kampfstoffproduktion in Barme anzustellen, statt dies einer privaten Initiative zu überlassen.

In der Tat hat der Landkreis bisher immer nur reagiert, wenn überhaupt. Es muß davon ausgegangen werden, daß es die jetzt laufenden Untersuchungen nicht gäbe, wäre die Arbeitsgruppe EIBIA nicht so hartnäckig.

Der Verdacht drängt sich auf, daß der Landkreis gar nicht daran interessiert ist zu erfahren, was in Barme möglicherweise noch alles an umweltgefährdenden Stoffen unter der Oberfläche schlummert, oder dies gar der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Inzwischen ermittelte Arsenwerte etwa wurden verschwiegen, der Arbeitsgruppe wurde Einblick in wichtige Akten verwehrt.

Mangelnde Sensibilität in Umweltfragen kann es angesichts der vielfältigen Probleme wohl kaum sein, die das Verhalten des Landkreises erklären würde. Auch sind die Zeiten vorbei, in denen kritische Bürger als Spinner abgetan werden konnten.

Der wahre Grund für die Beschwichtigungsversuche des Landkreises ist ein profaner: Die umfassende Untersuchung und vor allem die sich dann möglicherweise als notwendig herausstellende Sanierung des Geländes in Barme würden viel, sehr viel Geld kosten. Bisher weiß kein Mensch, wer die Bezahlung übernehmen müßte. *Anke Landwehr*

Eibia-Anhörungstermin im August

Antrag der SPD und Grünen / Einladung an Umweltminister

Verden (sim). Der Landkreis Verden soll im August eine Anhörung zum Themenkomplex Eibia Dörverden durchführen. Diesen Antrag hat jetzt die Gruppe der SPD und der Grünen im Kreistag gestellt. Zu dem Anhörungstermin soll auch der niedersächsische Umweltminister eingeladen werden. Ziel des Erörterungstermins sei es, ein Resümee der Untersuchungen zu ziehen und zu klären, was weiter getan werden müsse, um Umweltbeeinträchtigungen (insbesondere des Wassers) zu vermeiden.

Die Altlasten auf dem Gelände der früheren Barmer Pulverfabrik beschäftigen seit längerer Zeit eine Schülerarbeitsgruppe, verschiedene Untersuchungsämter sowie die Gemeinde Dörverden und den Landkreis Verden (wir berichteten). Von dem ehemaligen Firmengelände der Rüstungsfirma Eibia gehen nach den Untersuchungsergebnissen möglicherweise schwerwiegende Beeinträchtigungen der Umwelt aus. Mehrere Anfragen seitens der Gruppe hätten noch nicht die gewünschte Klarheit gebracht, so SPD und Grüne zur Begründung ihres Antrages.

Zu dem Anhörungstermin im August sollen Vertreter aller Stellen eingeladen werden, die bislang Untersuchungen in dieser Angelegenheit durchgeführt haben. Dazu zählen Experten der Universität Marburg. Ferner sollen zu dem Termin eingeladen werden: die Eibia-AG, die inzwischen in die Kreisgruppe Verden des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) integriert ist, die Gemeinde Dörverden, die Industrie- und Verwaltungsgesellschaft als Verwalter des Eibia-Geländes sowie der Niedersächsische Umweltminister. Der Antrag der Gruppe soll auf der Juli-Sitzung des Kreisausschusses beraten und beschlossen werden.

Verdener Nachrichten, 24.06.88

Altlasten-Problematik Thema einer Anhörung

Kreistagsgruppe der SPD und der Grünen stellte Antrag

Dörverden. Auf Antrag der Gruppe der SPD und der Grünen im Kreistag soll noch im August eine Anhörung zum Thema Eibia stattfinden, zu der neben dem Eigentümer des Geländes, auf dem die ehemalige Munitionsfabrik stand, der Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG), auch der Landkreis Verden, die Gemeinde Dörverden und der niedersächsische Umweltminister eingeladen werden sollen. Erweitert werden soll dieser Kreis um Vertreter der Stellen, die bereits Untersuchungen durchgeführt worden haben. Bekanntlich lassen entsprechende Analysen von Chemikern der Universität Marburg darauf schließen, daß es in Barme nicht nur arsenhaltige Adamsit-Plättchen gibt, sondern weitere andere Giftstoffe, die noch von dem Betrieb der Munitionsfabrik herrühren.

Da der Bereich der ehemaligen Munitionsfabrik als Wasserreservoir für die Trinkwasserversorgung dient, besteht berechtigtes Interesse an Aussagen darüber, ob das Erdreich durch toxische Stoffe verseucht ist. Für eine entsprechende Entseuchung wäre zunächst die IVG als Eigentümerin zuständig, die sich jedoch nicht als Verursacherin ansieht, da sie das Gelände wie in anderen Gegenden in der Bundesrepublik erst nach dem Krieg erworben hat. In einem ähnlich gelagerten Fall in Hirschhagen in Hessen läuft derzeit ein Prozeß gegen die IVG, der möglicherweise als Musterprozeß auch für die Altlastenproblematik in Dörverden angesehen werden kann.

In Dörverden war bislang nur nach Arsen, nicht aber nach anderen Giftstoffen gesucht worden, weil - so Kreisdirektor Werner Jahn - es bis vor kurzem nur Anhaltspunkte für Arsen gegeben habe. Mit Hilfe von Proben aus fünf weiteren Brunnen soll die Untersuchung ausgeweitet und auf zusätzliche Giftstoffe ausgedehnt werden, wobei Jahn diese Untersuchungen als schwierig bezeichnete, weil unterschiedliche Verfahren notwendig seien, um die einzelnen Giftstoffe nachzuweisen. Etwas verärgert zeigte er sich darüber, daß andere Stellen früher mit entsprechenden Daten versorgt worden seien als der Landkreis, der schließlich für Altlasten zuständig sei. Inzwischen seien vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) diese Daten angefordert worden.

Der Schülergruppe der Berufsbildenden Schulen Dauelsen, die unter der Leitung ihres Tutor Joachim Woock überhaupt erst auf die Altlastenproblematik aufmerksam gemacht hatte, sei inzwischen ebenso wie dem BUND schriftlich mitgeteilt worden, daß sie Einblick in Luftaufnahmen vom Eibia-Gelände nehmen könne. Die entsprechende Freigabe der Luftbilder wurde vor kurzem vom dafür zuständigen Regierungspräsidenten in Münster erteilt.

Verdener Aller - Zeitung, 25.06.88

Eibia-Anhörungstermin im August

Antrag der SPD und Grünen / Einladung an Umweltminister

Verden (sim). Der Landkreis Verden soll im August eine Anhörung zum Themenkomplex Eibia Dörverden durchführen. Diesen Antrag hat jetzt die Gruppe der SPD und der Grünen im Kreistag gestellt. Zu dem Anhörungstermin soll auch der niedersächsische Umweltminister eingeladen werden. Ziel des Erörterungstermins sei es, ein Resümee der Untersuchungen zu ziehen und zu klären, was weiter getan werden müsse, um Umweltbeeinträchtigungen (insbesondere des Wassers) zu vermeiden.

Die Altlasten auf dem Gelände der früheren Barmer Pulverfabrik beschäftigen seit längerer Zeit eine Schülerarbeitsgruppe, verschiedene Untersuchungsämter sowie die Gemeinde Dörverden und den Landkreis Verden (wir berichteten). Von dem ehemaligen Firmengelände der Rüstungsfirma Eibia gehen nach den Untersuchungsergebnissen möglicherweise schwerwiegende Beeinträchtigungen der Umwelt aus. Mehrere Anfragen seitens der Gruppe hätten noch nicht die gewünschte Klarheit gebracht, so SPD und Grüne zur Begründung ihres Antrages.

Zu dem Anhörungstermin im August sollen Vertreter aller Stellen eingeladen werden, die bislang Untersuchungen in dieser Angelegenheit durchgeführt haben. Dazu zählen Experten der Universität Marburg. Ferner sollen zu dem Termin eingeladen werden: die Eibia-AG, die inzwischen in die Kreisgruppe Verden des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) integriert ist, die Gemeinde Dörverden, die Industrie- und Verwaltungsgesellschaft als Verwalter des Eibia-Geländes sowie der Niedersächsische Umweltminister. Der Antrag der Gruppe soll auf der Juli-Sitzung des Kreisausschusses beraten und beschlossen werden.

Verdener Nachrichten, 24.06.88

Altlasten-Problematik Thema einer Anhörung

Kreistagsgruppe der SPD und der Grünen stellte Antrag

Dörverden. Auf Antrag der Gruppe der SPD und der Grünen im Kreistag soll noch im August eine Anhörung zum Thema Eibia stattfinden, zu der neben dem Eigentümer des Geländes, auf dem die ehemalige Munitionsfabrik stand, der Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG), auch der Landkreis Verden, die Gemeinde Dörverden und der niedersächsische Umweltminister eingeladen werden sollen. Erweitert werden soll dieser Kreis um Vertreter der Stellen, die bereits Untersuchungen durchgeführt worden haben. Bekanntlich lassen entsprechende Analysen von Chemikern der Universität Marburg darauf schließen, daß es in Barme nicht nur arsenhaltige Adamsit-Plättchen gibt, sondern weitere andere Giftstoffe, die noch von dem Betrieb der Munitionsfabrik herrühren.

Da der Bereich der ehemaligen Munitionsfabrik als Wasserreservoir für die Trinkwasserversorgung dient, besteht berechtigtes Interesse an Aussagen darüber, ob das Erdreich durch toxische Stoffe verseucht ist. Für eine entsprechende Entseuchung wäre zunächst die IVG als Eigentümerin zuständig, die sich jedoch nicht als Verursacherin ansieht, da sie das Gelände wie in anderen Gegenden in der Bundesrepublik erst nach dem Krieg erworben hat. In einem ähnlich gelagerten Fall in Hirschhagen in Hessen läuft derzeit ein Prozeß gegen die IVG, der möglicherweise als Musterprozeß auch für die Altlastenproblematik in Dörverden angesehen werden kann.

In Dörverden war bislang nur nach Arsen, nicht aber nach anderen Giftstoffen gesucht worden, weil - so Kreisdirektor Werner Jahn - es bis vor kurzem nur Anhaltspunkte für Arsen gegeben habe. Mit Hilfe von Proben aus fünf weiteren Brunnen soll die Untersuchung ausgeweitet und auf zusätzliche Giftstoffe ausgedehnt werden, wobei Jahn diese Untersuchungen als schwierig bezeichnete, weil unterschiedliche Verfahren notwendig seien, um die einzelnen Giftstoffe nachzuweisen. Etwas verärgert zeigte er sich darüber, daß andere Stellen früher mit entsprechenden Daten versorgt worden seien als der Landkreis, der schließlich für Altlasten zuständig sei. Inzwischen seien vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) diese Daten angefordert worden.

Der Schülergruppe der Berufsbildenden Schulen Dauelsen, die unter der Leitung ihres Tutor Joachim Woock überhaupt erst auf die Altlastenproblematik aufmerksam gemacht hatte, sei inzwischen ebenso wie dem BUND schriftlich mitgeteilt worden, daß sie Einblick in Luftaufnahmen vom Eibia-Gelände nehmen könne. Die entsprechende Freigabe der Luftbilder wurde vor kurzem vom dafür zuständigen Regierungspräsidenten in Münster erteilt.

Verdener Aller - Zeitung, 25.06.88

Sanierung von Rüstungsaltlasten

Kosten 23 Millionen oder eine Milliarde?

Mitglieder der Eibia-AG fahren Donnerstag nach Bonn

Dörverden. Rund 23 Millionen hält die Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) für Altlastensanierung bereit, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) schätzt die Kosten dagegen auf rund eine Milliarde DM. Mit diesen Zahlen will Rüdiger Tinter, Mitglied der „Eibia-AG", die Teilnehmer an der Hauptversammlung der IVG am Donnerstag, den 30. Juni, in Bonn konfrontieren.

Anhand der Geschichte der ehemaligen Schießpulverfabrik „Eibia GmbH für chemische Produkte" in Dörverden, in der während des Zweiten Weltkrieges Nitrocellulosepulver hergestellt und chemische Kampfstoffe weiterverarbeitet wurden, will sich Tinter kritisch mit den Bedrohungen dieser Altlasten auseinandersetzen. Eigentümerin der „Eibia" war die „Montan-Industriewerke GmbH", deren Rechtsnachfolger die IVG ist. Durch den Erwerb einer Aktie der IVG ist es der „Eibia-AG" möglich geworden, die Hauptversammlung zu besuchen und dort auch zu sprechen. Begleitet wird Tinter dabei von Olaf Bennefeld.

Ein Teil des ehemaligen Eibia-Geländes wurde an die Bundeswehr verpachtet, der Rest blieb ungenutzt. Die Bundeswehrkaseren fördert auf dem Gelände Trinkwasser, der Landkreis Verden plant in der Nähe den Bau eines Wasserwerks. Als eine Gruppe der Berufsbildenden Schulen Verden beim Wettbewerb „Umwelt hat Geschichte" der Altlastenproblematik in Dörverden nachging, fand man 42 Jahre nach Kriegsende auf dem Waldboden Plättchen des Blaukreuzkampfstoffes „Adamsit", obwohl nach Angaben der IVG der Kampfmittelbeseitigungsdienst mehrfach das Gelände geräumt hatte.

Einsichtnahmen verweigert

Bis zum Abschluß ihrer Wettbewerbsarbeit wurden den Schülern Einsichten in Akten und Karten verweigert, die als Verschlußsache deklariert wurden. Hinzu kam eine Informationssperre durch den Landkreis Verden. Mit anderen Bürgerinitiativen schloß man sich zur „Initiative gegen Rüstungsaltlasten" zusammen, startete eine kleine parlamentarische Anfrage im Niedersächsischen Landtag und reichte zusätzlich eine Petition beim Landtag ein, mit der man jedoch ebenfalls keinen Schritt weiter kam.

Schließlich wurde der Druck - nicht zuletzt durch weitere Recherchen und gute Öffentlichkeitsarbeit - so groß, daß der Landkreis Verden Anfang dieses Jahres Boden- und Wasserproben entnahm und sie auf Arsen hin untersuchte. Die Meßwerte wurden geheim gehalten, schließlich aber gegen den Willen der Verwaltung von Kreistagsabgeordneten veröffentlicht. Ergebnis: Festgestellt wurden organische Arsenverbindungen, die um das 3,6fache über dem Grenzwert der deutschen Trinkwasserverordnung liegen und - zum Vergleich - die amerikanischen Grenzwerte sogar um das 14,5fache übersteigen.

Auch an anderen, der IVG gehörenden ehemaligen Munitionsfabriken wurden von Mitgliedern der Initiative Altlasten gefunden und durch Analysen des Trinkwassers nachgewiesen. Jedesmal wurden dabei hochgiftige und krebserzeugende „Aromatische Amine" entdeckt mit Werten, die um das 336fache über dem Grenzwert lagen. Diese Analyseergebnisse wurden öffentlich in einer Veranstaltung im Soldatenheim in Barme bekannt gemacht, zu der trotz Einladung weder der IVG-Geschäftsführer der Zweigstelle Liebenau noch die zuständigen Vertreter der Behörden gekommen waren.

Von der Gruppe, die sich inzwischen dem BUND angeschlossen hat, sollen daher am Donnerstag gezielte Voruntersuchungen und weitere Probeentnahmen an den Problembereichen der ehemaligen Produktionsstätten gefordert werden, um dann zu klären, in welchem Umfang eine Sanierung notwendig ist. Von Seiten der IVG erwartet man außerdem eine Klarstellung, daß die Kosten von ihr übernommen werden. Skandalös sei es, daß die Schüler selbst Recherchen und Untersuchungen initiieren mußten, um Umweltschäden aufzudecken, obwohl diese Aufgabe eigentlich der Besitzerin der Liegenschaften zukomme.

Verdener Aller - Zeitung, 28.06.88

IVG-Vorstandsmitglied Fried Scharpenack:

„Analysen interessieren nicht"

„Eibia"-Gruppenvertreter besuchten die Aktionärsversammlung in Bonn

mal **Barme/Bonn.** „Es ist etwas anderes, wenn eine Sandkiste kontaminiert ist, in der Kinder spielen, als ein Waldstück, in dem einmal im Jahr ein Förster entlanggeht". So reagierte das IVG-Vorstandsmitglied Fried Scharpenack auf der Aktionnärs-Hauptversammlung der Industrie-Verwaltungsgesellschaft am letzten Donnerstag in Bonn auf die Redebeiträge dreier Aktionäre. Neben Rüdiger Tinter von der Eibia-Arbeitsgemeinschaft in Verden und dem Chemiker und Sprecher der Initiative gegen Rüstungsaltlasten, Dr. Michael Braedt aus Clausthal-Zellerfeld, hatte auch Dr. Frank Claus vom Arbeitskreis Altlasten im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschlands (BUND) als Aktionär von seinem Rederecht Gebrauch gemacht und unter anderem auf den durch Kampfstoffe verseuchten Boden in Dörverden-Barme hingewiesen.

Tinter bezeichnete die Reaktion des IVG-Vorstandes in einem Gespräch mit unserer Zeitung als enttäuschend. Scharpenack habe als Stellungsnahme auf Tinters Rede (wir berichteten am 28. Juni) lediglich eine Art Inhaltsangabe von sich gegeben, es seien ja „keine Fragen gestellt" worden. Scharpenack sei weder auf die dargestellten Tatsachen noch auf die Trinkwasseranalysen eingegangen. „Die Trinkwasseranalysen interessieren mich nicht, weil das Wasser nicht in IVG-Besitz ist", sagte Scharpenack. Tinter wies jedoch gegenüber unserer Zeitung darauf hin, daß das Trinkwasser erst durch den kontaminierten Boden verunreinigt worden sei.

Allgemein habe Scharpenack geantwortet, daß „Untersuchungen vorgesehen" seien, sämtliche Bereiche sollten untersucht werden. Die Einsicht in IVG-Akten sei deshalb verweigert worden, da grundsätzlich keine Akten ausgegeben würden. Die Schüler müßten sich damit begnügen, die Auskünfte von ihm selbst zu erhalten, so Scharpenack. Die Bemühungen der Verdener Schülergruppe bezeichnete er als „eine ganz tolle Schülerarbeit, aus der wir Erkenntnisse schöpfen konnten".

Vorstandsmitglied Dr. Günter Nastelski habe auf der Versammlung darauf hingewiesen, daß die IVG nicht Rechtsnachfolger der MONTAN sei, sondern „rechtsidentisch". Damit will sich die IVG nach Aussagen Tinters der Haftung entziehen. In den Verträgen sei auch keine Klausel für Grundstücke und eine Haftung bei Altlasten enthalten, sagte Nastelski.

Die Redebeiträge der Aktionäre hatten auf der Tagesordnung der Versammlung lediglich in der Imbißpause Platz, so daß nach Aussagen Tinters nur knapp ein Drittel der Anwesenden zuhörte. Zum Thema Altlasten hatte es drei Wortmeldungen gegeben.

Dr. Frank Claus kritisierte in seiner Rede, daß die von der IVG-Spitze als Sanierungen bezeichneten Aktionen „bei näherer Kenntnis der Sachlage nichts als Aktionen zur Räumung von Kampfmitteln" seien. Es sei jedoch ein erheblicher Unterschied, „ob man noch existierende Spreng- oder Kampfstoffe beseitigt, oder ob man sich um die Verunreinigung des Bodens oder des Grundwassers mit eben diesen Stoffen oder ihren Abbauprodukten kümmert". Claus fragte außerdem gezielt, mit welchen Kosten die IVG für Untersuchung, Sicherung und Sanierung von Rüstungsaltlasten rechne und welche Rückstellungen sie demzufolge getroffen habe.

Verdener Aller - Zeitung, 05.07.88

Eibia: Die Aktionäre zogen sich lieber zum Essen zurück

Kritik bei IVG-Hauptversammlung / Wird Gelände in Barme verkauft? / Vorwurf an Aufsichtsratsmitglied Wilfried Hasselmann

Verden/Bonn (hpp). Sprecher von Initiativen gegen Rüstungsaltlasten nutzten am vergangenen Donnerstag die Hauptversammlung der Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) AG in Bonn-Bad Godesberg, um auf die Gefahren hinzuweisen, die von den Rüstungsrückständen ausgehen. Der IVG gehört auch das Gelände der ehemaligen Pulverfabrik „Eibia" in Dörverden-Barme, das in die Schlagzeilen geraten ist, seit sich Verdener Schüler mit dem Thema befassen und von den offiziellen Stellen Konsequenzen fordern.

Am Rande der Hauptversammlung wurde bekannt, daß sich die IVG von dem Dörverdener Gelände trennen will. Vorstandsvorsitzender Fried Scharpenack (Essen) habe das Barmer Eigentum der IVG als „nicht ertragreich" bezeichnet, so Rüdiger Tinter (Walle) gegenüber den VERDENER NACHRICHTEN. Tinter und Olaf Bennefeld (Kirchlinteln) waren für die Verdener Schülergruppe in Bad Godesberg dabeigewesen.

Während der Versammlung in der Godesberger Stadthalle nutzte auch Tinter die Möglichkeit, das Wort ergreifen zu können. Die Schülergruppe, die als „Eibia-Arbeitsgemeinschaft" inzwischen dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Kreisgruppe Verden, angeschlossen ist, hat eine IVG-Aktie und damit das Rederecht bei Hauptversammlungen erworben.

Tinter wies vor den Aktionären darauf hin, daß die Schülergruppe, die sich im Rahmen einer Wettbewerbsarbeit mit dem „Eibia"-Gelände befaßte, arsenhaltige Rückstände gefunden hat und daß Ergebnisse von Analysen zeigen, daß noch weitere chemische Rückstände vorhanden sein müssen, die das Grundwasser gefährden.

Kritik äußerte er an der mangelhaften Unterstützung durch Behörden und IVG. Tinter: „Wir und die betroffenen Bürger in Dörverden empfinden es als einen Skandal, daß Schüler selbst zu Recherchen und Untersuchungen initiieren müssen, um Umweltschäden aufzudekken. Eine Aufgabe, die eigentlich der Besitzerin dieser Liegenschaften zukommt."

Als völlig unzureichend bezeichnete er die Rücklagen, die die IVG für die Sanierung von Altlasten vorgenommen hat. Laut IVG-Geschäftsbericht 1987 sind es rund 23 Millionen Mark. Der BUND dagegen schätzt, daß eine Sanierung aller der Aktiengesellschaft gehörenden Liegenschaften mehr als das 40fache kosten wird - rund eine Milliarde Mark.

Neben Rüdiger Tinter nutzten mit Dr. Michael Braedt und und Dr. Frank Claus zwei weitere Sprecher die Gelegenheit, den Aktionären und vor allem dem Vorstand die Leviten zu lesen. Kritik der süffisanten Art mußte sich dabei auch Wilfried Hasselmann gefallen lassen. Der niedersächsische Innenminister, wegen der Spielbank-Affäre derzeit in arger Bedrängnis, gehört dem Aufsichtsrat an und nahm an der Hauptversammlung teil. Braedt bezeichnete den Innenminister mit Hinweis auf die Kosten einer Altlastensanierung als einen „Mann von unschätzbarem Wert" für die IVG. Der solle schließlich „immer Wege wissen, wie sich Geld beschaffen läßt".

In puncto Geld gab es an Hasselmann aber auch ernsthafte Kritik. So wies Braedt darauf hin, daß der niedersächsische Kampfmittelbeseitigungsdienst auf den IVG-Grundstücken immer wieder Überbleibsel aus der Munitionsproduktion findet und vernichtet. Braedt: „Doch bezahlt hat die IVG bisher keinen Pfennig." Für die Aktiengesellschaft offensichtlich eine „einträgliche Situation", daß ihr Aufsichtsratsmitglied Hasselmann als Innenminister oberster Dienstherr des Kampfmittelbeseitigungsdienstes ist.

Auf eine Auskunft der niedersächsischen Landesregierung vom November 1987 verwies Dr. Frank Claus (Arbeitskreis Altlasten des BUND) in seinem Redebeitrag. Danach ist „kein Standort als vollständig saniert anzusehen". Weiter heißt es in der Regierungsantwort auf eine Anfrage der Landtags-Grünen, daß insbesondere die Standorte „altlastverdächtig" sind, bei denen Pulver-, Spreng- und chemische Kampfstoffe hergestellt worden sind. In dem Zusammenhang wird auch Dörverden genannt.

Dazu Claus vor der Hauptversammlung: „Der hier geäußerte Verdacht hat sich zum Teil schon bestätigt. Überall dort, wo Untersuchungen stattgefunden haben, erwies sich die von uns vermutete Umweltverseuchung mit Produktionsrückständen". In puncto Dörverden sagte Claus, daß dort „immer noch Kampfstoffe zugänglich auf Waldboden lagern".

Vorstandsvorsitzender Scharpenack würdigte während der Versammlung die Arbeit der Verdener Schüler, schätzte die von den Rückständen ausgehenden Gefahren jedoch nicht zu hoch ein. In dem Zusammenhang brachte er laut Rüdiger Tinter ein Beispiel, daß die Sprecher der Initiativen eher erboste denn beruhigte. Danach sagte er zum Thema Dörverden, es sei doch ein Unterschied, ob ein viel benutzter Sandkasten verseucht ist oder ein Waldstück, an dem einmal im Jahr ein Jäger vorbeikommt.

Ohnehin stieß die Kritik am Donnerstag nicht auf sonderlich großes Interesse bei den Aktionären. Denen ging es mehr um den Bilanzgewinn 1987 (15,5 Millionen Mark) und die Dividende (sieben Mark pro Aktie). Als dann die Reden anstanden, wurde gleichzeitig auch das Büfett eröffnet - und gut die Hälfte der Aktionäre zog es vor, sich zum Essen zurückzuziehen.

Rüdiger Tinter und Olaf Bennefeld nutzten den Besuch in Bonn noch zu einem Abstecher nach Koblenz ins Bundesarchiv, wo sie weiteres Aktenmaterial zum Thema „Eibia" fanden. Es soll für die zweite Auflage ihrer Wettbewerbsdokumentation verwendet werden, die demnächst erscheint. Finanziert wurde ihre insgesamt dreitägige Reise von den Verdener Grünen.

Verdener Nachrichten, 05.07.88

„Eibia": Doch Detailprüfung?

Verden (dud). Um festzustellen, ob von dem Gelände der ehemaligen Munitionsfabrik „Eibia" in Dörverden-Barme Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen ausgehen, sind „Detailuntersuchungen" unerläßlich. Zu diesem Zwischenergebnis ist jetzt die unter Federführung des niedersächsischen Umweltministers stehende Arbeitsgruppe „Rüstungsaltlasten" gekommen.

Die Gruppe, die ihre Arbeit im Januar dieses Jahres aufgenommen hat, stellte weiter fest, daß in Niedersachsen 67 altlastverdächtige Rüstungsstandorte existieren, an denen Sprengstoff, Munition oder Pulver gefertigt wurde. Die Kommission kategorierte diese Standorte in vier Gruppen ein.

Bei Gruppe IV (20 Fälle) könnten weitere Untersuchungen „derzeit zurückgestellt werden", bei Gruppe III seien weitere „orientierende Untersuchungen" nötig (25 Standorte), in Gruppe II, in die die Eibia Dörverden eingeordnet wurde, seien „Deteiluntersuchungen" vorzunehmen (16 Standorte) und in Gruppe I (6 Standorte) seien Sanierungen „in Betracht zu ziehen".

„Detailuntersuchungen" auf dem Dörverdener Eibia-Gelände, wie sie nun auch der vorgelegte Zwischenbericht empfiehlt, werden bereits seit langem von der Verdener Schüler-Arbeitsgruppe „Eibia" gefordert, die wiederholt auf mögliche Gefährdungen durch die ehemalige Schießpulverfabrik aufmerksam gemacht hat.

Eher beschwichtigend hatte sich in der Vergangenheit dagegen die Kreisverwaltung geäußert, die sich bisher auch nur auf Druck der Schülergruppe zu eigenen wenigen Aktivitäten veranlaßt sah.

Verdener Nachrichten
22.10.1988

„Gefahrenpotential nicht bekannt"

Rüstungsaltlasten: Land will internationale Experten hinzuziehen / Wer bezahlt?

Verden (ala). Die Absicht ist erklärt: „Aus Gründen der Vorsorge und um eine latente Bedrohung von menschlicher Gesundheit, Wasser, Boden und Luft abzuwenden, muß und wird die Landesregierung tätig werden." Im Falle des früheren EIBIA-Geländes in Dörverden-Barme, wo unter den Nazis Schießpulver und Kampfstoffe produziert wurden, werden Taten indes noch auf sich warten lassen. Die „Detailuntersuchungen", wie sie die unter Federführung des niedersächsischen Umweltministers Werner Remmers Anfang des Jahres eingesetzte Arbeitsgruppe „Rüstungsaltlasten" für Barme und weitere 15 Standorte in Niedersachsen für notwendig hält (wir berichteten bereits kurz), können frühestens in einigen Monaten in Angriff genommen werden. In der Zwischenzeit sind zwei dringende Fragen zu klären: 1. Wer verfügt über das Know-how, Sanierungskonzepte zu entwickeln? 2. Wer soll das Ganze bezahlen?

Die Arbeitsgruppe „Rüstungsaltlasten", die nach Wissen eines Sprechers des Umweltministeriums eine Vorreiterrolle in der Bundesrepublik einnimmt, hat in Niedersachsen insgesamt 67 Rüstungsstandorte ausgemacht, wo die Nazis mit Sicherheit oder — nach dem derzeitigen Kenntnisstand — möglicherweise höchstgefährliche Stoffe hinterlassen haben. Die Recherchen zur EIBIA ergaben die Notwendigkeit von eingehenderen Untersuchungen, als sie bisher vorgenommen wurden.

Das generelle Problem beim Umgang mit Rüstungsaltlasten ist, daß „uns das Gefahrenpotential nicht hinreichend bekannt ist", wie Remmers in einer Pressemitteilung einräumt. Er spricht von einer „umweltpolitischen Herausforderung, die uns noch Jahre und Jahrzehnte beschäftigen wird". Obgleich die Kampfmittelbeseitigungsdienste seit Kriegsende Erfahrungen mit diesem speziellen Nazi-Erbe sammelten, fehlt es in der Bundesrepublik nach Einschätzung der Arbeitsgruppe an Wissen darüber, „wie die Sanierung technisch gehandhabt werden kann". Remmers: „Das Land Niedersachsen wird deshalb versuchen, möglichst alles vorhandene Spezialwissen für die Lösung dieser großen Umweltaufgabe zu mobilisieren. Dabei muß sicher auch der Sachverstand internationaler Experten eingeworben werden."

Nachdem Hannover also den Handlungsbedarf erkannt hat, soll nun auch jene grundlegende Frage geklärt werden, die bisher zu einer eher zögerlichen Behandlung des Themas führte: Wer zahlt? Die Arbeitsgruppe hat bereits eine Antwort gefunden: „Der Bund wird grundsätzlich die finanziellen Aufwendungen tragen müssen, wenngleich über die Gestaltung des jeweiligen konkreten Falles verhandelt werden muß." Nur für die Untersuchung der 16 Standorte, die nach Einschätzung der Arbeitsgruppe genau unter die Lupe zu nehmen sind, werden Kosten von 1,6 bis zwei Millionen Mark entstehen — „in der Tendenz eher etwas höher". Wie teuer die Sanierungsmaßnahmen werden, vermag die Arbeitsgruppe nicht abzuschätzen. Auf alle Fälle wurde der Innenminister aufgefordert, mit dem Bundesfinanzministerium Verhandlungen über die Finanzierung aufzunehmen.

Gleichzeitig hat sich die Arbeitsgruppe dafür ausgesprochen, bei der geplanten Erweiterung der Behandlungsanlage für Kampfstoffe in Munster so großzügig zu verfahren, daß eine umweltneutrale Entsorgung der vermuteten chemischen Kampfstoffablagerungen möglich ist. Bei Munster selbst existiert mit den „Dethlinger Teichen" übrigens eine Munitionsablagerungsstätte, deren Gefährlichkeit nach einem „unverzüglichen Sanierungskonzept" verlangt, so Remmers, wie auch bei weiteren drei Standorten Sofortmaßnahmen ergriffen werden sollen.

In der von der Arbeitsgruppe vorgelegten Bestandsaufnahme werden außerdem personelle und organisatorische Konsequenzen gefordert. Für das Umweltministerium bedeutet dies zunächst, das ein eigenes Referat „Rüstungsaltlasten" geschaffen wird.

Verdener Nachrichten, 25.10.1988

Grundwasser enthält keine erhöhten Werte von Arsen

Eibia: Indikationen in Wasser und Boden unerheblich

Dörverden. Nach Untersuchungen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe auf dem Gelände der ehemaligen Munitionsfabrik „Eibia" in Dörverden wird ausgeschlossen, daß aus diesem Bereich gefährdende Adamsit-Konzentrationen in Grundwasserstromrichtung herausfließen, weil die im Abwasserstrom angelegten Beobachtungsbrunnen keine erhöhten Arsenspurengehalte im Grundwasser aufwiesen: Der Versuch, die mögliche Arsenausbreitung im Grundwasser mit einem vorhandenen Rechnerprogramm zu simulieren, scheiterte, weil die Ausgangskontamination zu gering war, um noch sinnvoll verwertbare Ergebnisse zu erzielen.

Die Schwermetallgehalte an Blei, Kupfer, Zink, Cadmium, Nickel, Eisen, Mangan, Barium und Strontium waren in allen untersuchtne Gewässern unbedenklich. Die Bodenuntersuchungen ergaben, ebenfalls überwiegend sehr niedrige Arsenspurengehalte. Leicht erhöhte Arsenspurengehalte wurden lediglich im Bereich der westlichen Wegbegrenzung der ehemaligen Adamsitfundstelle sowie im Bereich des vermuteten Verbrennungsplatzes von Fehlchargen festgestellt; selbst diese Werte lagen aber noch unterhalb der tolerierbaren Arsengehalte für Kulturböden.

Ein weiterer größerer Untersuchungs- und Sanierungsaufwand wird danach im Zusammenhang mit dem A-Pulver nicht für erforderlich gehalten, weil die bislang festgestellten Indikationen in Wasser und Boden insgesamt als unerheblich angesehen werden und oberflächennahe Anreicherungen von A-Plättchen schon optisch zu erkennen sind, weil sie aufgrund ihrer Größe und geringen Dichte im umgebenden Sand aufschwimmen.

Eine wesentliche Gefährdung durch das schwer lösliche Adamsit wird erst dann erwartet, wenn es durch eine derartige Konzentrierung auch zu leicht feststellbaren Vegetationsschäden kommen sollte. Zudem wird von größeren, bislang nicht entdeckten Chargen im Untergrund nach mehr als 40jähriger Lagerung keine derart umfangreiche Spontanreaktion erwartet, daß dadurch die trinkwasserförderung in Barme oder anderswo gefährdet werden könnte. Als Vorsorgemaßnahme wird daher eine vorerst jährliche Arsenuntersuchung des Grundwassers aus den Beobachtungsbrunnen 1 bis 7 vorgeschlagen.

Verdener Aller - Zeitung, 01.11.1988

„SPD macht wenig Konzessionen"

Kreis-Grüne sind mit Koalitionspartner unzufrieden

Thedinghausen (ujo(. Die Grünen trauen der Landkreisbehörde nicht. Die jüngste außerordentliche Kreismitgliederversammlung stellte der EIBIA-Gruppe für eine zusätzliche Wasseruntersuchung 730 Mark zur Verfügung. Joachim Woock begründete dieses Anliegen wie folgt: Bereits vor sechs Monaten hätte die EIBIA-Gruppe aus einem der 30 Brunen auf dem ehemaligen Gelände der Rüstungs- und Kampfstoffproduktionsfirma eine Wasserprobe entnommen und in dieser Probe krebserregende aromatische Amine festgestellt. Die Konzentration lag 360mal über dem zulässigen Grenzwert.

Woock zufolge hat der Landkreis dieses Analyseergebnis nicht akzeptiert. Die Probe sei aus dem stehenden Wasser im Brunnen entnommen worden, hieß die Landkreisargumentation laut Woock. Die Behörde sicherte allerdings zu, das Wasser selbst untersuchen zu lassen, und zwei beim Niedersächsischen Landesamt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover. Woock erkundigte sich, und ihm wurde mitgeteilt, daß dieses Landesamt nicht in der Lage sei, Altlasten von Rüstungsbetrieben nach allen Gesichtspunkten hin sorgfältig zu analysieren. All das berichtete er auf der Mitgliederversammlung, und er erklärte, daß aufgrund dieses Sachverhalts eine zusätzliche Wasseranalyse notwendig sei, und zwar von einem Institut durchgeführt, welches auch Erfahrungen auf dem Gebiet der Altlasten nachweisen könnte.

Die Kreisversammlung teilte diese Einschätzung und bewilligte das Geld. Man müsse erst die Analyseergebnisse abwarten, bevor weitere politische Forderungen erhoben werden, hieß es.

Die Landkreis-Grünen fühlen sich von dem im Juni kommenden Jahres anstehenden Europawahlkampf überfordert. „So einfach können wir das nicht aus dem Handgelenk schütteln, war im Gasthaus Schröder in Thedinghausen zu hören. Nun vertrauen die Umweltschützer darauf, daß Hilfe „von oben" kommt.

Herta Härter und Erich von Hofe sollen die Kreis-Grünen auf der Bundesversasmmlung vom 2. bis 4. Dezember in Karlsruhe vertreten. Die beiden wurden einstimmig gewählt.

Die Arbeit der Kreistagsfraktion der Grünen stand im Mittelpunkt des dritten Tagesordnungspunktes. Rolf Becker erklärte, daß die Verhandlungen mit der SPD-Kreistagsfraktion immer zähler verlaufen würden. Während sich die Grünen bereiterklärt hätten, dem Legislaturperiodenwerk der SPD, dem sogenannten kleinen Finanzausgleich, weitestgehend zuzustimmen, sei die SPD zunehmend weniger bereit, an die Grünen Konzessionen zu machen. Als Beispiele führte Becker die Abfallberatung sowie die weitere personelle Förderung des Arbeitslosentreffs Verden an.

Verdener Nachrichten, 02.12.1988

Kritik an Regierungsbericht

„Eibia"-Gruppe: In Barme nicht nur Arsen festgestellt

Verden (eb). Massive Kritik am Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe „Rüstungsaltlasten", der im Auftrag der niedersächsischen Landesregierung erstellt worden ist, haben die Teilnehmer des 2. Bundestreffens der Initiative gegen Rüstungsaltlasten in Clausthal-Zellerfeld geübt. Der bisher nicht veröffentlichte Bericht enthalte „zahlreiche Fehler und Auslassungen", und das sei nicht verwunderlich, da auf Ermittlungen vor Ort weitestgehend verzichtet worden sei.

Zu den Teilnehmern des Treffens gehörten auch Joachim Woock und Jens Marquardt von der „Eibia"-Arbeitsgemeinschaft in der Kreisgruppe Verden des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Diese Arbeitsgruppe hat bereits vor Wochen in einem Schreiben an das interministerielle Gremium moniert, daß in dem Bericht für das ehemalige „Eibia"-Gelände in Dörverden-Barme nur von einer Belastung durch Arsen die Rede sei.

Tatsächlich jedoch hätten von der Arbeitsgruppe in Auftrag gegebene Wasser- und Bodenanalysen Konzentrationen von (krebserregenden) Aromatischen Aminen ergeben, die um das 336fache über dem Grenzwert gelegen hätten. Es sei unverständlich, daß das Umweltministerium bei der Untersuchung von Rüstungsaltlasten nicht für den Einsatz von Fachleuten sorge. Das vom Landkreis Verden beauftragte Niedersächsische Landesamt für Geowissenschaften und Rohstoffe sei nicht einmal auf die Idee gekommen, ihre Proben auf Aromatische Amine hin zu untersuchen.

Das 3. Bundestreffen der Initiativen gegen Rüstungsaltlasten wird nächstes Jahr vom 9. bis 11. Juni in Dörverden stattfinden, so daß sich die Teilnehmer sicherlich auch speziell mit den Rückständen auf dem früheren „Eibia"-Gelände in Barme befassen werden.

Verdener Nachrichten 19.12.1988

Altlasten: „Schlampig recherchiert"

Detailuntersuchungen für alle Rüstungsstandorte in Niedersachsen gefordert

red **Dörverden.** Auf ihrem jüngsten Bundestreffen in Clausthal-Zellerfeld, an dem auch Joachim Woock und Jens Marquardt von der Eibia-AG in der Kreisgruppe Verden des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) teilnahmen, kritisierten die Initiativen gegen Rüstungsaltlasten den ihrer Ansicht nach schlampig recherchierten Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe Rüstungsaltlasten, der zahlreiche Fehler und Auslastungen enthalte und beispielsweise Gefahrenherde aufzähle, die auf DDR-Gebiet liegen.

Als willkürlich und eher von finanziellen als von sachlich notwendigen Argumenten getragen bezeichnete man die Einteilung der Rüstungsaltlasten in vier unterschiedliche Gefahrenklassen. Nach Meinung der Initiativen ist an jedem Standort zumindest eine Detailuntersuchung vor Ort erforderlich, die jedoch nur für die sechs in Stufe I (Erarbeitung von Sanierungslösungen, „Sanierungskonzept) und die 16 in Stufe II (Detailuntersuchung vor Ort erforderlich) aufgenommenen Standorte und nicht für die 45 übrigen Standorte vorgesehen ist. Erst das Ergebnis dieser Untersuchung könne Aufschluß darüber geben, ob eine Sanierung notwendig sei.

Ihr nächstes Treffen wollen die Initiativen gegen Rüstungsaltlasten vom 9. bis zum 11. Juni in Dörverden durchführen, wo man noch heute auf dem Gelände der ehemaligen Munitionsfabrik „Eibia" (interministeriell in Stufe II eingeordnet) den unter dem Namen Blaukreuz bekannten Arsenkampfstoff „Clark II" in Form von unscheinbarne grau-weißen Plättchen auf dem Waldboden finden kann. Vorab hatte Woock sich bereits direkt an die dem niedersächsischen Umweltministerium unterstellte Arbeitsgruppe gewandt und beklagt, daß in der Bestandsaufnahme für Dörverden als einzige Umweltbelastung „Arsen im Boden" aufgeführt wird.

Woock verwies dabei auf Untersuchungen der Universität Marburg, die in zwei Wasserproben aromatische Amine fand, die um das 336fache über dem zulässigen Grenzwert lagen. obwohl diese Untersuchungsergebnisse bereits am 27. Mai veröffentlicht wurden, waren sie in dem Bericht, der vom „Stand Juni 1988" ausgeht, nicht aufgeführt worden. Woock kritisierte, daß die Eibia-AG quasi als Bürgerinitiative Ingenieurbüros und Chemie-Institute beauftragen müsse, damit Untersuchungen von Fachleuten durchgeführt werden könnten.

„Warum nimmt das Umweltministerium nicht Einfluß auf die zuständigen Behörden „vor Ort", damit Fachleute mit Erfahrung in der Untersuchung mit Rüstungsaltlasten eingesetzt werden. Das vom Landkreis Verden beauftragte Niedersächsische Landesamt für Geowissenschaften und Rohstoffe ist z. B. nicht auf die Idee gekommen, die Proben auf Aromatische Amine hin zu untersuchen!", richtete Woock in seinem Schreiben vor allem scharfe Angriffe gegen den Landkreis Verden.

Verdener Aller - Zeitung 24.12.1988